

STARKES DEUTSCHLAND. CHANCEN FÜR ALLE!

BESCHLUSS DES BUNDESVORSTANDS DER
CDU DEUTSCHLANDS VOM 27. AUGUST 2012

CDU

Starkes Deutschland. Chancen für Alle!

I. Deutschland 2012: Unser Land steht gut da

II. Wir wollen Wohlstand für Alle

III. Arbeit für Alle

1. Deutsches Job-Wunder
2. Verantwortliches Unternehmertum braucht faire Rahmenbedingungen
3. Den demografischen Wandel gestalten
4. Zukunft braucht Fachkräfte

IV. Standort Deutschland stärken

1. Vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker
2. Europa: Grundstein unseres Erfolges
3. Energiewende voranbringen und Rohstoffstrategie durchsetzen
4. Deutschland als innovative Wissens- und Gründergesellschaft voranbringen
5. Chancen der Digitalisierung erkennen und ergreifen
6. Wie Deutschland mobil bleibt

V. Deutschland 2025

I. Deutschland 2012: Unser Land steht gut da

Deutschland ist uns eine gute Heimat, in der die Menschen gerne leben. Wir sind eine der stärksten Wirtschaftsnationen der Welt. Mit unserer demokratischen Kultur, unserer freiheitlichen Ordnung und unserem leistungsfähigen Sozialstaat sind wir ein weltweit geachteter Partner und Vorbild für viele Nationen.

Unser Land steht heute so gut da wie lange nicht mehr. Das ist zuallererst ein Erfolg der tüchtigen Menschen. Aber der Erfolg ist auch ein Verdienst der klugen Politik der CDU. Wir haben die Weichen für diesen Erfolg gestellt. Arbeitgeber und Gewerkschaften, Unternehmer und Betriebsräte haben mit weitsichtigen Entscheidungen den politischen Kurs entschieden unterstützt. Unser Land profitiert davon durch neue Arbeitsplätze und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit, die „Made in Germany“ weiter zu einem weltweit geachteten Aushängeschild macht.

Kaum ein Land hat die Wirtschafts- und Finanzkrise der vergangenen Jahre so gut gemeistert wie Deutschland. Davon profitieren die Menschen in unserem Land. Das macht uns aber auch zu einem Motor internationaler Politik und versetzt uns in die Lage, in Europa und der Welt Verantwortung zu übernehmen.

Seit Beginn der Kanzlerschaft von Angela Merkel ist unser Land wieder zu einer der weltweit führenden Volkswirtschaften geworden. Die Zahlen sind beeindruckend: 2010 und 2011 ist die Wirtschaft in Deutschland zusammen um mehr als 6 Prozent gewachsen – so kräftig, wie zuletzt im Vereinigungsboom Anfang der 90er Jahre. Heute haben so viele Menschen wie noch nie einen Arbeitsplatz in unserem Land.

Wir wollen, dass die Menschen in Deutschland auch in Zukunft in Wohlstand leben. Dazu wollen wir noch mehr sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze. Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen füreinander eintreten, in der die Generationen füreinander einstehen und die Gewissheit besteht, dass uns das Wohl zukünftiger Generationen genauso wichtig ist wie das der heutigen.

Mit den Ideen und dem Engagement der Menschen sowie unserer wirtschaftlichen Kraft wollen wir auch dazu beitragen, die großen globalen Herausforderungen zu lösen, vor denen die Weltgemeinschaft steht. Hier kann unser Land mit innovativen Lösungen und einer nachhaltigen Politik eine wichtige Rolle spielen. Nachhaltig heißt vor allem: Wir gestalten Fortschritt und Wachstum so, dass unsere Lebensgrundlagen auch für unsere Kinder und Enkel gesichert bleiben.

Die anhaltende Verschuldungskrise in Europa ist eine Herausforderung von historischem Ausmaß für unseren gesamten Kontinent. Die CDU-geführte Bundesregierung handelt in dieser Situation solidarisch und entschlossen. Sie hat gemeinsam mit unseren europäischen Partnern wichtige Maßnahmen für die Bewältigung der Schuldenkrise in Europa auf den Weg gebracht.

Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) und der Fiskalpakt sind zwei neue Instrumente, die ein Ziel haben: In Europa soll die Wirtschaft wachsen und nicht der Schuldenberg. Gemeinsam mit unseren europäischen Partnern stellen wir uns dieser Herausforderung. Denn Europa und der Euro bedeuten nicht nur Frieden und Freiheit im 21. Jahrhundert. Sie sind auch der Garant für Wachstum und Wohlstand. Wenn wir die Zukunft erfolgreich gestalten wollen, dürfen wir uns nicht auf dem Erreichten ausruhen. Die Globalisierung bietet hierfür immer wieder neue Chancen: Sie öffnet immer mehr Märkte und bringt gleichzeitig neue Wettbewerber hervor, die uns herausfordern. Die digitale Revolution beschleunigt weltweit mit großer Geschwindigkeit die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen und prägt mehr und mehr den Alltag der Menschen. Durch immer schnellere Entwicklungen kommt es zu einer immer größeren Konkurrenz. Das erfordert von uns Deutschen entschlossene Anstrengungen, um unseren Platz zu behaupten.

Auch die Weltbevölkerung nimmt rasant zu. 1950 hatte die Welt rund 2,5 Milliarden Einwohner, jeder Fünfte war ein Europäer. Im letzten Jahr ist der siebenmilliardste Weltbürger geboren worden und nur noch jeder 14. Mensch ist heute ein Europäer. Durch diese Entwicklung verschieben sich die wirtschaftlichen Gewichte. Die Märkte der Zukunft liegen nicht länger nur vor unserer europäischen Haustür, sondern in den Schwellenländern Asiens und Lateinamerikas, aber auch in Afrika und der arabischen Welt. Sie sind die neuen Motoren der Weltwirtschaft, die immer größeren wirtschaftlichen Einfluss gewinnen.

Wir wollen Deutschland in eine gute Zukunft führen. Deswegen müssen wir bereits heute die Weichen dafür stellen, dass unsere Zukunftsvorstellungen für das Jahr 2025 Wirklichkeit werden können. Wir wollen langfristig daran arbeiten, dass Deutschland auch im kommenden Jahrzehnt eine weltweit führende Rolle spielt und den Menschen in unserem Land eine gute Heimat ist. Wir sind davon überzeugt, dass die Antwort auf diese Herausforderungen in einer verantwortungsvollen Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft liegt. Sie hat unserem Land Wohlstand und soziale Sicherheit gebracht. Keinem anderen Wirtschaftsmodell kann es besser gelingen, unseren Wohlstand auch im 21. Jahrhundert zu sichern.

II. Wir wollen Wohlstand für Alle

Die Politik der CDU gründet auf dem christlichen Menschenbild. Aus diesem Bild vom Menschen leiten sich unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit her. Die Soziale Marktwirtschaft ist ein Gesellschaftsmodell, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt, dessen Würde unantastbar ist. Sie verbindet wie keine andere Wirtschaftsordnung die Vorteile einer freien Wirtschaft mit der Verpflichtung zur sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Verantwortung.

Die Soziale Marktwirtschaft war die Voraussetzung für einen raschen wirtschaftlichen Wiederaufbau Westdeutschlands und für einen erfolgreichen Aufbau Ost im Zuge der Deutschen Einheit. Sie hat unserem Land Wohlstand beschert. Sie ermöglicht den Menschen ein selbstbestimmtes und eigenverantwortliches Handeln, indem sie ihnen soziale Sicherheit bietet und so die Möglichkeit eröffnet, sich nach ihren Neigungen und Fähigkeiten zu entwickeln. Sie fördert die betriebliche Partnerschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung und leistet auf diesem Weg einen wichtigen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.

Dennoch muss die Zustimmung zur Sozialen Marktwirtschaft immer wieder neu gewonnen werden. Viele Menschen verlieren angesichts globaler Krisen das Vertrauen in das Wohlstandsversprechen der Marktwirtschaft. Vor allem die schwere Finanz- und Wirtschaftskrise hat dieses Vertrauen erschüttert. Dabei ist gerade diese Krise aufgrund von Verstößen gegen die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft entstanden. Wir wollen dafür sorgen, dass diese Prinzipien wieder stärker zur Geltung kommen und gleichzeitig vermeiden, dass es zu unerfüllbaren Erwartungen an den Staat kommt.

Auch der verstärkte Wettbewerb unterschiedlicher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Kulturen erfordert von uns neue Antworten. Die aufstrebenden Entwicklungs- und Schwellenländer orientieren sich nicht mehr nur an den oft schuldengeplagten Marktwirtschaften der westlichen Welt. Sie sehen die großen wirtschaftlichen Fortschritte in den staatlich gelenkten Volkswirtschaften Chinas und anderen Regionen. Dabei ist für uns klar, dass der staatsgelenkte Kapitalismus keine überzeugende Alternative zur Sozialen Marktwirtschaft ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist mehr als eine Wirtschaftsordnung, sie verbindet Freiheit mit Verantwortung, unternehmerisches Risiko mit persönlicher Haftung und strebt den fairen Ausgleich der Interessen an. Sie ist die Ordnung, die unserem christlichen Menschenbild und den Vorstellungen freiheitlich demokratischer Ordnung entspricht. Deshalb geht es nicht allein um die Frage, wie wir in dieser globalisierten Welt unsere Wettbewerbsposition im Welthan-

del verbessern. Sondern es geht vielmehr auch um die Frage, wie wir für unsere Werte eintreten und Freiheit sichern. Dabei lassen wir uns von folgenden Prinzipien leiten:

1. Wir sehen die Stärke Deutschlands in seinen Menschen, die mit viel Fleiß und Ideen immer wieder Produkte und Dienstleistungen entwickeln, herstellen oder anbieten, die bei uns und weltweit gefragt sind. Mit diesen Fähigkeiten und ihrer Leistungsbereitschaft bilden sie das Fundament für den Wohlstand der heutigen Generation. Zugleich leisten sie damit einen wichtigen Beitrag, nachfolgenden Generationen die Chance auf eine gute Entwicklung zu eröffnen.
2. Wir wollen eine echte Chancengesellschaft. Deutschland ist ein Land der Möglichkeiten. Hier soll jeder die Chance auf Erfolg haben und nach seinem persönlichen Glück streben können – Zukunft darf nicht von der Herkunft abhängen. Deshalb wollen wir eine Bildungsrepublik, in der alle gute Bildungschancen haben. Wir stehen für Respekt vor Leistung und Tüchtigkeit, für das Recht auf eine neue Chance und für Solidarität gegenüber den Schwachen.
3. Wir sehen uns durch den großen Erfolg im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ermutigt, weitere Anstrengungen für neue Arbeitsplätze und Wachstum auf den Weg zu bringen. Wir wollen, dass alle Menschen in unserem Land Einkommen erzielen können, mit denen sie für sich sorgen können.
4. Wir sind überzeugt: Wir können die Zukunft in unserem Land umso besser gestalten, je mehr Menschen sich für unsere Gesellschaft engagieren – in Politik, Vereinen, Kirchen oder Gewerkschaften. Dazu setzen wir auf eine Politik, die Engagement fördert und dazu ermuntert, Veränderungen als Chance zu begreifen und Verantwortung zu übernehmen.
5. Wir wollen verantwortliches Unternehmertum in allen Bereichen der Wirtschaft stärken. Wirtschaftliches Engagement darf nicht losgelöst von gesellschaftspolitischer Verantwortung vorangetrieben werden. Dafür wollen wir das Leitbild des „ehrbaren Kaufmanns“ stärken. Ein Vorbild dafür sind unsere zahlreichen Familienunternehmen, gerade in Mittelstand und Handwerk. Sie sind das Rückgrat für den wirtschaftlichen Erfolg in unserem Land.
6. Wir sind überzeugt: Wirtschaftliche Stärke und finanzielle Solidität sind die Voraussetzungen für unsere Zukunftsfähigkeit. Unsere attraktive Wirtschaftsstruktur aus Großin-

dustrie und Mittelstand, in der produzierende Unternehmen und Dienstleister Hand in Hand arbeiten, hat unserem Land in der Krise Stabilität gegeben. Nur auf der Grundlage einer gesunden ökonomischen Grundlage wird es Deutschland gelingen, weiterhin für Wohlstand und soziale Sicherheit zu sorgen. Als Partei der Sozialen Marktwirtschaft sehen wir uns in einer besonderen Verantwortung für die wirtschaftliche, soziale und ökologische Zukunft unseres Landes.

7. Wir wollen gute Entwicklungsmöglichkeiten in allen Regionen unseres Landes. Unsere erfolgreiche Politik für die neuen Länder werden wir fortsetzen und dafür sorgen, dass die Zusagen des Solidarpaktes eingehalten werden. Unsere Verantwortung gilt dabei nicht nur einer selbsttragenden Wirtschaftsstruktur in den neuen Ländern, sondern auch einer guten Entwicklung in allen strukturschwachen Gebieten in Ost und West, Nord und Süd.
8. Wir wollen, dass Länder und Kommunen ausreichend Spielraum haben, um im weltweiten Wettbewerb der Regionen bestehen zu können. Dafür brauchen sie keine Antworten von der Stange, sondern flexible Lösungen. Wir setzen deshalb auf die bewährten Prinzipien Subsidiarität und Föderalismus. Subsidiarität ist die Voraussetzung für gelebte Verantwortung in den Kommunen. Föderalismus schafft Entscheidungsspielräume vor Ort. Differenzierte Standards und Regionalbudgets können dabei neue Möglichkeiten eröffnen und die kommunale Selbstverantwortung stärken. Das bedeutet auch: Wir lassen mehr Unterschiedlichkeit zu und setzen auf die Kraft des Wettbewerbs als Motor für Fortschritt.
9. Wir wollen eine Gesellschaft, die „Ja“ sagt zu Wachstum, aber „Nein“ zu Wachstum auf Pump. Ohne Wachstum wäre „Wohlstand für Alle“ in Deutschland nicht möglich gewesen. Wir wollen deshalb Nachhaltigkeit zu einem festen Prinzip in unserer Gesellschaft machen. Gerade aus unserem christlichen Menschenbild folgt: Wir haben kein ungebundenes, schrankenloses Herrschafts- und Verfügungsrecht – weder über die Natur noch über die finanziellen Ressourcen kommender Generationen. Wir wollen daher Fortschritt und Wachstum so gestalten, dass die Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen gesichert bleiben. Wir setzen auf ein ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltiges Wachstum und eine gerechte Teilhabe aller. Deshalb treten wir weltweit für die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft und für faire Wettbewerbsbedingungen ein.

10. Wir wollen Fortschritt und Wachstum so gestalten, dass auch unsere Kinder und Enkel in Wohlstand leben können. Dazu gehört ein klares „Ja“ zu Innovationen und neuen Technologien. Der Wunsch und die Notwendigkeit, natürliche Grenzen zu überwinden und unsere Lebensbedingungen mit den Mitteln der Technik zu verbessern, gehören zum menschlichen Dasein und sind wichtige Elemente, sich Herausforderungen erfolgreich zu stellen. Wir wollen daher Rahmenbedingungen schaffen, die bessere Produkte, bessere Dienstleistungen und zukunftsfähige Innovationen hervorbringen. Denn nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht in erster Linie „mehr“ zu produzieren, sondern „Besseres“ zu schaffen.

III. Arbeit für Alle

1. Deutsches Job-Wunder

„Arbeit für Alle“ ist ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Arbeit ermöglicht ein Leben in Würde. Zugleich müssen die Arbeitsbedingungen der Würde der arbeitenden Menschen gerecht werden. In diesem Sinne gilt für uns „Sozial ist, was Arbeit schafft“.

In Deutschland gibt es über 41 Millionen Erwerbstätige. Das sind 2,6 Millionen mehr als 2005. Heute können sich in unserem Land mehr Menschen als je zuvor in Arbeit für sich sorgen und sich verwirklichen. Seit über zwei Jahren liegt die Zahl der Arbeitslosen Monat für Monat unter dem Vorjahreswert. Jeden Tag entstehen rund 1500 neue Arbeitsplätze. Gegenüber 2005 hat sich bei uns die Arbeitslosenquote fast halbiert, während sie in den anderen Staaten der Europäischen Union um durchschnittlich 15 Prozent gestiegen ist. Wir sind das einzige Land in der EU, das derzeit eine deutlich niedrigere Arbeitslosenquote hat als vor der Krise.

Das „deutsche Jobwunder“ hat viele positive Entwicklungen ausgelöst. Die realen Nettoeinkommen steigen dieses Jahr voraussichtlich das dritte Jahr in Folge. Die Einkommensunterschiede sind heute dank der steigenden Zahl der Erwerbstätigen niedriger als 2006. Die Zahl der „Normalarbeitsverhältnisse“ ist mit einem Plus von 1,6 Millionen seit 2005 deutlich stärker angestiegen als die der so genannten atypischen Beschäftigungsverhältnisse (plus 1,2 Millionen). Auch der Anteil derjenigen, die aus einer befristeten Beschäftigung in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden, ist von gut 40 Prozent in 2005 auf nahe 60 Prozent in 2011 angestiegen.

Zeitarbeit, befristete Arbeitsverhältnisse und Teilzeit spielen auf dem Arbeitsmarkt heute eine wichtige Rolle. Mit der so erzielten Flexibilität sind zusätzliche Beschäftigungsfelder erschlossen und Wachstum ermöglicht worden. So hat die Teilzeit auch eine bessere Verein-

barkeit von Familie und Beruf möglich gemacht. Aber auch für viele Menschen, die bisher vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen waren, sind neue Einstiegsmöglichkeiten entstanden. So ist zum Beispiel die Zeitarbeit ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument geworden. Sie bietet Unternehmen Flexibilität für Auftragsspitzen und arbeitslosen Arbeitnehmern die Chance auf eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Davon haben insbesondere Langzeitarbeitslose und Geringqualifizierte profitiert. Wir wollen die damit verbundenen Chancen weiter nutzen und treten dafür ein, dass die Tarifparteien die Arbeitsbedingungen in der Zeitarbeit regeln. Auf Grundlage eines gemeinsamen Vorschlags von den für die Zeitarbeit zuständigen Tarifvertragsparteien haben wir die erste untere Lohngrenze in der Zeitarbeit festgelegt.

Gleichzeitig übersehen wir aber auch nicht die Risiken, die damit verbunden sind und haben Verfehlungen – beispielsweise mit dem Gesetz gegen Missbrauch von Zeitarbeit – bekämpft. Je länger die Bezahlung von Zeitarbeitnehmern und Stammbeschaft auseinanderklaffen, desto schwieriger ist dies unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten zu rechtfertigen. Deshalb haben wir den Grundsatz der Entgeltgleichheit („Equal Pay“) im Gesetz verankert, von dem nur tarifvertraglich abgewichen werden kann. Die CDU Deutschlands spricht sich dafür aus, den Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ für Zeitarbeitnehmer konsequent umzusetzen. Wir wollen die Tarifparteien auf dem Weg unterstützen, diesen Grundsatz unter Berücksichtigung geeigneter Übergangs- und Einarbeitungszeiten auch in der betrieblichen Praxis umzusetzen. Wir setzen darauf, dass die Tarifpartner jeweils maßgeschneiderte Lösungen für eine Annäherung der Entlohnung der eingesetzten Zeitarbeitnehmerinnen und Zeitarbeitnehmer an die Stammbeschaft in der jeweiligen Branche vereinbaren. Die Regelungen, die Tarifpartner z. B. in der Metall- und Elektroindustrie und der Chemieindustrie gefunden haben, sind dafür gute Beispiele.

Wir werden die Gespräche der Tarifpartner aufmerksam begleiten und prüfen, ob und in welchem Umfang darüber hinaus noch Handlungsbedarf besteht.

Kompetenzen von Frauen besser nutzen

Immer mehr Frauen sind heute berufstätig. Die Quote der erwerbstätigen Frauen ist seit 2005 von 60 auf 71 Prozent gestiegen – stärker als in jedem anderen Land der EU. Dennoch muss der Arbeitsmarkt noch viel stärker als bisher für Frauen geöffnet werden und attraktive Karrierewege ermöglichen. Frauen sind oft besser ausgebildet als Männer, verfügen über bessere Qualifikationen, bekommen aber dennoch für gleiche Arbeit oft weniger Lohn. Viele sind in Teilzeit beschäftigt, obwohl sie gerne in größerem Umfang arbeiten würden. Das wollen wir im Interesse von Beschäftigten und Unternehmen ändern. Wir werden daher einen be-

sonderen Schwerpunkt darauf legen, die Rückkehr von der Teilzeit- zur Vollzeitbeschäftigung zu erleichtern. Gerade für Mütter – aber auch Väter – nach einer Erziehungsphase, muss der schrittweise Weg zurück in eine Vollzeitbeschäftigung leichter möglich sein. Wir sehen darin auch einen Schritt auf dem Weg zu Strukturen, die es ermöglichen, die Kompetenz der Frauen stärker als bisher zu nutzen. Dabei spielen wir keine Lebensentwürfe gegeneinander aus. Alle verdienen unabhängig von ihrer Lebenssituation und Ausgestaltung ihrer Familien und Berufstätigkeit unsere Anerkennung und Unterstützung.

Wir wollen den Anteil von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten von Unternehmen erhöhen und dies gesetzlich regeln. Dabei müssen Bund, Länder und Kommunen mit gutem Beispiel vorangehen. Mit einer „Flexiquote“ wollen wir von den Unternehmen fordern, sich selbst zu verpflichten, eine verbindliche Frauenquote für Vorstand und Aufsichtsrat festzulegen. Diese soll öffentlich ausgewiesen werden und darf nicht nachträglich nach unten berichtet werden. In den letzten elf Jahren hat der Mittelstand zwar positive Ergebnisse bei der Besetzung von Führungspositionen durch Frauen erzielt, dagegen haben die DAX-Unternehmen die von ihnen selbst formulierten Erwartungen nicht erfüllt. In Zukunft muss es ein stärkeres Maß an Verbindlichkeit geben, damit 2020 im Schnitt 30 Prozent der Aufsichtsratsmandate der mitbestimmungspflichtigen Unternehmen mit Frauen besetzt sind.

Familiengerechte Arbeitswelt

Wir wollen keine arbeitsgerechten Familien, sondern eine familiengerechte Arbeitswelt. Hierfür wollen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter verbessern. Deshalb ist es richtig, die Betreuungsplätze für Kinder von eins bis unter drei Jahren massiv auszubauen und einen Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz ab 2013 einzuführen. Darüber hinaus brauchen wir auch Betriebs-Kitas sowie genügend Kinderbetreuungseinrichtungen mit flexiblen Betreuungszeiten, da nicht jede Erwerbstätigkeit einem „normalen“ Acht-Stunden oder Fünf-Tage-Rhythmus folgen kann. Weitere Möglichkeiten zur besseren Vereinbarung von Familie und Beruf können flexiblere Arbeitszeiten, Telearbeit und das so genannte „Job-Sharing“ bieten. Auch die steuerlichen Möglichkeiten zum Einsatz von haushaltsnahen familienunterstützenden Dienstleistungen wollen wir weiter verbessern.

Familienzeitpolitik

Zentrales Element auf dem Weg zu einer familiengerechten Arbeitswelt ist der Faktor Zeit. Nachhaltige Familienpolitik heißt für uns deshalb, Zeit für Familie zu schaffen. Zwei Drittel der Väter und ein Drittel der Mütter beklagen, dass sie zu wenig Zeit für ihre Kinder haben. Mit Blick auf ein neues Gleichgewicht aus Privat- und Berufsleben wollen wir mit einer inno-

vativen Lebenszeitpolitik Möglichkeiten für berufliche Auszeiten eröffnen – etwa zur Erziehung der Kinder, zur Weiterbildung, aber auch für die Pflege der eigenen Eltern.

Wir wollen die Großelternzeit weiterentwickeln: Künftig sollen alle Großeltern die Möglichkeit haben, ihre Erwerbstätigkeit zu unterbrechen oder zu reduzieren, um sich um ihre Enkel kümmern zu können. Gerade junge Eltern, die beruflich noch Fuß fassen müssen, sollen so zeitlich entlastet werden. Um den Bedürfnissen der Kinder Rechnung zu tragen, soll zudem die Elternzeit flexibilisiert werden: Eltern sollen künftig zwei Drittel der Elternzeit flexibel nehmen dürfen, und zwar bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres ihrer Kinder.

Menschliche Arbeitswelt

Immer schnellere Veränderungen in der Arbeitswelt eröffnen viele neue Freiheiten und Möglichkeiten für die Arbeitnehmer. Wir wollen die damit verbundenen Chancen nutzen, auch in dem Bewusstsein, dass Arbeit immer besser als Arbeitslosigkeit und für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und die Psyche des Einzelnen förderlich ist. Aber wir sehen auch mit Sorge die Zunahme von psychischen Erkrankungen in der gesamten Gesellschaft, auch in Folge von Arbeitsverdichtung und Überlastung. Es muss alles getan werden, damit Gesundheit sowie Arbeits- und Beschäftigungsfähigkeit bei jüngeren wie älteren Beschäftigten erhalten bleibt und ein längeres Leben und Arbeiten in guter seelischer und körperlicher Verfassung möglich ist. Hierfür sind neue vorbeugende Konzepte erforderlich. Der Tendenz zur ständigen Erreich- und Verpflichtbarkeit gilt es entgegenzuwirken. Die besten Lösungen sollen auch hierbei von Arbeitgebern und Arbeitnehmern partnerschaftlich gefunden werden. Wir appellieren an die Betriebsparteien und Tarifpartner, das Instrument des betrieblichen Gesundheitsmanagements stärker zu nutzen.

Gute Arbeit gibt Sicherheit und braucht starke Tarifpartner

Sichere Erwerbsarbeit und auskömmliche Einkommen erleichtern Lebensentscheidungen wie Ehe oder Familiengründung. Sie stärken das seelische Gleichgewicht und binden Familien in ihr gesellschaftliches Umfeld ein. Unsere Überzeugung ist es, dass die Verantwortung für die Gestaltung der Arbeitsbeziehungen in erster Linie bei den Tarifpartnern liegt. Der Staat hingegen ist am Arbeitsmarkt vor allem für die Festlegung von Mindeststandards zuständig, die durch tarifliche oder betriebliche Regelungen verbessert werden können. Zugleich ist er dort gefordert, wo die Tarifpartner den Staat im Rahmen der gesetzlichen Regeln bitten, tarifliche Vereinbarungen – etwa bei branchenspezifischen Mindestlöhnen – durchzusetzen. Wir stehen auch zu Rahmenbedingungen, die eine Beschäftigung für gering Qualifizierte in einfacher Arbeit mit Löhnen und Gehältern attraktiv machen, die der Produktivität entsprechen. Wir

halten es dabei für richtig, dass niedrig entlohnte Arbeitnehmer finanziell unterstützt werden, vor allem wenn es um die Versorgung von Familien geht.

Lohnuntergrenze einführen

Die CDU hält es für notwendig, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Lohnuntergrenze soll durch eine Kommission der Tarifpartner festgelegt und sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren. Die Festlegung von Einzelheiten und weiteren Differenzierungen obliegt der Kommission. Wir wollen eine durch Tarifpartner bestimmte und damit marktwirtschaftlich organisierte Lohnuntergrenze und keinen politischen Mindestlohn.

2. Verantwortliches Unternehmertum braucht faire Rahmenbedingungen

Verantwortungsbewusste Unternehmer und tüchtige, gut qualifizierte Arbeitnehmer bilden mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft ein wesentliches Fundament unserer Gesellschaft. Für den Erfolg unseres Landes ist es wichtig, dass Frauen und Männer bereit sind, persönliche Risiken und Verantwortung zu übernehmen. Nur so entstehen in einer Marktwirtschaft Arbeitsplätze und Wohlstand. Der Staat muss dafür die richtigen Rahmenbedingungen setzen.

Faire Rahmenbedingungen schaffen

Hier haben wir seit 2005 große Fortschritte erzielt: Es wurden bei der Unternehmensteuer Wachstumshemmnisse beseitigt und die Bedingungen für die Unternehmensfinanzierung verbessert. Genauso wurden Voraussetzungen für eine einfachere Unternehmensnachfolge geschaffen. Die gewerbesteuerliche Hinzurechnung wurde entschärft, die Zinsschranke abgemildert und die Umsatzsteuer für den Mittelstand durch eine stärkere Orientierung an den tatsächlichen Umsätzen besser ausgestaltet. Auch die deutliche Verringerung der Bürokratiekosten aufgrund staatlicher Informationspflichten entlastet die Unternehmen.

Wir wollen uns weiter dafür einsetzen, dass die Unternehmensfinanzierung durch Eigenkapital gerade im Interesse von Mittelstand und Familienunternehmen steuerlich besser behandelt und der Nachteil gegenüber der Fremdfinanzierung abgebaut wird. Unternehmerische Entscheidungen sollen sich auch bei der Finanzierung in erster Linie nach wirtschaftlichen und nicht nach steuerlichen Gesichtspunkten richten, weil nur so eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglicht werden kann.

In Europa müssen die politischen Rahmenbedingungen so gesetzt sein, dass unsere Industrie im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig ist. Wir setzen uns dabei für eine konsequente europäische Industriepolitik ein, bei der noch stärker gegen unlauteren Wettbewerb vorgegangen wird und ein allgemeiner Abbau von Subventionen im Vordergrund steht. Für uns ist aber auch klar, dass der Beihilferahmen innerhalb der europäischen Union so gestaltet werden muss, dass unsere Industrien nicht einseitig Nachteile erfahren.

Erfolgreiches Wirtschaften braucht klare Regeln für die Finanzmärkte

Die Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrisen der vergangenen Jahre haben die enge Verbindung von Finanz- und Realwirtschaft auf die Probe gestellt und das gegenseitige Vertrauen stark erschüttert. Einen erheblichen Anteil daran hatten eine unzureichende Aufsicht und Regulierung, die mit den rasanten Entwicklungen und der globalen Vernetzung der Finanzmärkte nicht Schritt gehalten haben: Es fehlte an internationaler Abstimmung und Durchsetzung. Eine dauerhafte Stabilisierung der Finanzmärkte kann somit nur gelingen, wenn in Europa wie auch weltweit weitere Reformschritte insbesondere bei der Regulierung und Aufsicht der Finanzmärkte und der dort Handelnden unternommen werden. Wir setzen uns im Rahmen der G20 weiterhin dafür ein.

Wir haben aber bereits wichtige Fortschritte erzielt. Es wurden u.a. die Aufsicht und Regulierung der Ratingagenturen verbessert und die Zulassungskriterien für Fondsmanager verschärft. Wo eine gemeinsame Lösung bisher nicht möglich war, sind wir mit nationalen Regelungen vorangeschritten, etwa beim Verbot der ungedeckten Leerverkäufe und der Verschärfung der nationalen Bankenaufsicht.

Es gibt noch viel zu tun, um die Reformen des Finanzsektors konsequent weiter voranzutreiben und zukünftigen Finanzmarktkrisen wirksam vorzubeugen. Hierzu gehören u.a. die Stärkung der Kapitalpolster von Banken, eine Reform des Versicherungsaufsichtsrechts (Solvency II) sowie die Regulierung des Hochfrequenzhandels. Schließlich wollen wir mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer die Finanzmärkte stärker an den Kosten der Finanzkrise beteiligen. Bei diesen Regelungen wollen wir Nachteile für den Standort Deutschland, insbesondere die Mittelstandsfinanzierung, weitgehend vermeiden und Kleinanleger sowie die betriebliche und private Altersvorsorge schützen.

Für ein funktionsfähiges europäisches Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren für Banken

Die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft müssen auch für Finanzinstitute gelten: Wer mit riskanten Geschäften hohe Gewinne machen will, muss auch für auftretende Verluste haften. Da der Ausfall eines einzelnen Instituts die Stabilität des weltweiten Systems gefähr-

den kann, wird das Prinzip der Haftung bei systemrelevanten Banken regelmäßig ausgehöhlt. Dieses Dilemma kann nur durch ein funktionsfähiges internationales Insolvenzverfahren für Finanzinstitute gelöst werden.

Die CDU-geführte Bundesregierung hat 2010 hierfür ein Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren und im Zuge dessen eine Bankenabgabe eingeführt. Wir setzen uns dafür ein, dass es auf die europäische Ebene übertragen wird. Bei einer geordneten und geregelten Abwicklung haften auch die Eigentümer der Bank oder die Anleger, die vorher von den Gewinnen profitiert haben. Gleichzeitig ist es auch ein zentrales Element der Krisenprävention: Nur wenn Anleger als Gläubiger haften, werden sie mit ihrem Kapital verantwortungsvolle Investitionsentscheidungen treffen.

Gleichzeit brauchen wir eine vorbeugende Bankenaufsicht, um Schieflagen von internationalen Banken möglichst zu verhindern. Eine gemeinsame Währung erfordert eine einheitliche Regulierung und Aufsicht. Deshalb haben wir zum 1. Januar 2011 eine neue europäische Aufsichtsstruktur über die Finanzmärkte geschaffen, die noch weiter entwickelt werden muss. Die CDU tritt hierbei für eine effektive, integrierte europäische Aufsicht ein, die eng und transparent mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammenarbeitet.

Eine wirksame Aufsicht und das gemeinsame Insolvenz- und Restrukturierungsverfahren sind wichtige Elemente einer von uns angestrebten Bankenunion in Europa. Sie soll gemeinsam mit der Fiskalunion helfen, grenzüberschreitende Krisen künftig mit grenzüberschreitenden Regeln zu verhindern.

Glaubwürdige Führungsverantwortung

Wir setzen uns dafür ein, dass Unternehmensführung den langfristigen Erfolg im Blick hat. Diese langfristige Orientierung muss auch eine entscheidende Rolle bei der Entlohnung von Führungskräften spielen. Die zum Teil nicht mehr nachvollziehbaren Gehaltsentwicklungen der letzten Jahre ließen sich nur allzu selten aus einer allgemeinen und langfristigen Entwicklung der jeweiligen Unternehmen herleiten. Wir sind für eine angemessene Bezahlung derjenigen, die ein besonders Maß an Verantwortung tragen. Das gilt insbesondere für Vorstände und Geschäftsführer von Unternehmen, die für Arbeitsplätze und Wohlstand in unserem Land sorgen. Glaubwürdige Führungsverantwortung geht für uns aber auch einher mit der Bereitschaft, Maß zu halten. Ein angemessenes Verhältnis zwischen Leistung und Bezahlung darf nicht verloren gehen. Ebenso darf Missmanagement nicht belohnt, Haftung nicht ausgeschlossen werden. Deshalb drängen wir darauf, die Regeln guter Unternehmensführung, so wie sie im „Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)“ verankert sind, einzuhalten.

Sozialpartnerschaft ist ein Standortvorteil

Die Übernahme von Verantwortung funktioniert am besten, wenn dies gemeinsam von Unternehmen und Mitarbeitern geschieht. Für uns sind Sozialpartnerschaft, Tarifautonomie, Mitbestimmung, die Zusammenarbeit von Unternehmen, Gewerkschaften, Betriebs- und Personalräten Grundlagen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und Ausdruck unserer Prägung durch die christliche Sozialethik.

Das gute Miteinander in den Betrieben ist für unser Land ein Standortvorteil, den wir bewahren wollen. Freiwillige Regelungen haben für uns grundsätzlich Vorrang vor Zwang. Wir wollen, dass sowohl beim „Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK)“ als auch bei der gesellschaftlichen Verantwortung der Unternehmen („Corporate Social Responsibility, CSR“) auch weiterhin der Charakter der Freiwilligkeit gilt und die Lösungen in den Unternehmen gefunden werden.

Ehrenamt fördern

Alle Umfragen belegen die große Bereitschaft vieler Menschen, sich noch stärker ehrenamtlich für unsere Gesellschaft einzusetzen. Der große Erfolg des neuen Bundesfreiwilligendienstes unterstreicht dies eindrucksvoll. Das Ehrenamt übernimmt bei uns wichtige Aufgaben bei der Gestaltung des Gemeinwesens. Daher wollen wir eine bessere Anerkennung und Würdigung von Unternehmen, die ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter darin unterstützen, Beruf und freiwilliges Engagement miteinander zu vereinbaren. Durch eine solche Unterstützung wird das Bewusstsein des Zusammenhangs von wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Zusammenhalt gestärkt.

3. Den demografischen Wandel gestalten

Deutschland wird ein Land des langen Lebens. Noch nie waren die Aussichten auf ein langes, gesundes und vitales Leben so groß wie heute. Bessere Lebensbedingungen und der große medizinische Fortschritt haben einen erheblichen Anteil daran, dass die Lebenserwartung seit 150 Jahren jährlich um rund drei Monate steigt. Die Hälfte der heute geborenen Kinder wird voraussichtlich ihren 100. Geburtstag feiern können. Gleichzeitig aber werden weniger Kinder geboren und die Einwohnerzahl sinkt. Das macht den demografischen Wandel zu einer der größten Herausforderungen für die Zukunft unseres Landes. Deutschland hat mit einem Durchschnittsalter von rund 45 Jahren bereits heute die älteste Bevölkerung der Welt. Immer weniger Erwerbstätige müssen für immer mehr Menschen sorgen, die nicht im Erwerbsleben stehen. Die Zahl der Schüler geht zurück, den Unternehmen droht ein Mangel an Fachkräften. Und für die Älteren fehlen barrierefreie Wohnungen und Häuser, während andererseits

Wohnraum leer steht. Das ist auch eine Herausforderung für die Städtebaupolitik, der die CDU-geführte Bundesregierung weiterhin eine besondere Aufmerksamkeit widmen wird. Wir werden die Erfahrungen aus den Stadtumbauprogrammen in die Entwicklung neuer demografieorientierter Programmschwerpunkte einfließen lassen und damit einen Beitrag zum Erhalt der Lebensqualität vor allem unserer kleinen und mittleren Städte leisten.

Die CDU steht für ein gerechtes Miteinander der Generationen, gerade auch angesichts dieser Veränderungen. Wir wollen ein lebenswertes Land bleiben, das Wohlstand für Alle ermöglicht. Wir wollen trotz einer sinkenden Zahl von Menschen im erwerbsfähigen Alter wettbewerbsfähig und innovativ bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir bereit sein, neue Wege zu gehen und Veränderungen zu akzeptieren. Wir müssen lernen, mit größeren Unterschieden beispielsweise zwischen wachsenden Städten und dünner besiedelten Regionen umzugehen und die Bereitschaft entwickeln, darauf mit flexiblen Lösungen die richtigen Antworten zu geben. Wir wollen die dafür erforderlichen Schritte verantwortungsvoll und rechtzeitig angehen und so auch die mit dem Wandel verbundenen Chancen nutzen.

Dabei verlieren wir nicht das Ziel aus dem Auge, auch wieder deutlich mehr Kinder in Deutschland zu haben. Auch deshalb muss sich die Politik immer wieder für ein familienfreundliches Umfeld in unserer Gesellschaft einsetzen und Menschen zu einem Leben mit Kindern ermuntern.

Innovationsfähigkeit in einer alternden Gesellschaft

Unser Ziel ist es, Deutschland weltweit zum Vorbild dafür zu machen, wie eine alternde Gesellschaft weiterhin wirtschaftliche Dynamik entfalten kann. Innovationsfähigkeit ist für uns keine Frage des Alters. Während junge Menschen in der Regel experimentierfreudiger sind, haben ältere Berufstätige zumeist mehr Fachwissen und besitzen einen größeren beruflichen und sozialen Erfahrungsschatz. Die Weitergabe ihres Wissens ist eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt unserer Wettbewerbsfähigkeit.

Deshalb wollen wir uns dafür einsetzen, dass Motivation, Leistungsfähigkeit und Kreativität älterer und jüngerer Arbeitnehmer bestmöglich zum Tragen kommen. Unser Ziel: Erfahrungswissen soll immer wieder mit neuen Herausforderungen verknüpft werden. Wir ermuntern die Betriebs- und Tarifpartner, verstärkt Weiterbildungspakte in den Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen zu verankern. Wir wollen, dass Wirtschaft und Vertreter der Arbeitnehmer Rahmenbedingungen für weitere neue berufliche Laufbahnmodelle entwickeln.

Altersgerechte Arbeitsplätze ausbauen und Altersgrenzen überprüfen

In der Wirtschaft wird der Wert älterer Arbeitnehmer zunehmend erkannt. Bei der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen liegt Deutschland mit knapp 60 Prozent europaweit auf Platz 2. In keiner anderen Altersgruppe ist die Beschäftigung stärker angestiegen. Wir wollen noch mehr ältere Menschen in Arbeit bringen. Für dieses Ziel erwarten wir von den Betriebs- und Tarifpartnern weitere Anstrengungen, Arbeitsplätze altersgerecht, barrierefrei und gesundheitsfördernd zu gestalten.

Wir setzen uns dafür ein, Alters(höchst)grenzen auf den Prüfstand zu stellen. Da immer mehr Ältere auch im Rentenalter beruflich aktiv bleiben wollen, werden wir zusammen mit den Tarifpartnern bessere Möglichkeiten dafür schaffen. Wir wollen ein flexibleres Arbeiten in den letzten Jahren des Berufslebens ermöglichen und dafür neue Möglichkeiten der Kombination von Teilzeitarbeit und vorgezogener Rente ermöglichen. Dies kommt gerade Menschen zugute, die in Berufen mit hohen Belastungen beschäftigt sind und nicht Vollzeit bis zur Altersgrenze arbeiten können oder möchten.

Mehr Existenzgründungen von älteren Menschen mit Erfahrungen

Deutschland ist ein Land der Gründer mit innovativen Ideen und Konzepten. Jedes Jahr machen sich mehr als 400 000 Menschen in unserem Land selbstständig. Die überwiegende Zahl von Gründern ist zwischen 20 und 40 Jahre alt – eine Altersgruppe, deren Anteil in den kommenden Jahren jedoch deutlich zurückgehen wird. Deshalb wollen wir die Chancen zur Selbstständigkeit in allen Phasen des beruflichen Lebens verbessern. Junge Menschen sollen ebenso zu Existenzgründungen motiviert werden wie Ältere, die schon im Erwerbsleben stehen.

Die CDU will daher eine Gründungskultur von Menschen mit Erfahrung in Deutschland fördern. Dazu brauchen wir neue Formen der Finanzierung und der Beteiligung, welche die spezifischen Nachteile Älterer bei Existenzgründungen und Betriebsübernahmen ausgleichen. Beispielsweise profitieren von den angestrebten verbesserten steuerlichen Anrechnungsmöglichkeiten von Verlusten in der Gründungsphase auch ältere Unternehmer.

Wirtschaftsfaktor Alter – innovative Produkte und Leitmärkte für ältere Gesellschaften

Deutschland hat die besten Voraussetzungen, sich zum Leitmarkt und Leitanbieter innovativer Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der älteren Generation zugeschnitten sind. Wir sind davon überzeugt, dass die Lebensqualität für alle Menschen in unserem Land steigt, wenn es uns gelingt, hier neue Akzente zu setzen. Denn vieles, was gut für ältere Menschen ist, ist auch gut für junge Familien.

Deutschland spürt die Folgen der Alterung der Gesellschaft bereits deutlicher als andere. Den meisten Regionen der Welt, vor allem Europa, Asien und Nordamerika wird es in naher Zukunft aber ähnlich ergehen. Unser Land kann deshalb bei der Bewältigung des demografischen Wandels Pionier sein und sich durch frühzeitige Weichenstellungen einen Vorsprung auf den entsprechenden Märkten sichern.

Wettbewerbsfähigkeit von Ländern und Kommunen erhalten

Für viele Städte und Gemeinden ist der Bevölkerungsrückgang mit der Frage verbunden, wie sie ihre nicht mehr ausgelastete Infrastruktur auf Dauer unterhalten können. Darüber hinaus bekommen sie weniger Geld aus dem Finanzausgleich zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen, weil sich die Zahlungen nach der Bevölkerungszahl richten.

Wir wollen, dass unsere Länder, Städte und Gemeinden – unsere Heimat – lebenswert und wettbewerbsfähig bleiben. Dazu wollen wir auf der einen Seite die Kooperationsmöglichkeiten stärken und auf der anderen Seite den betroffenen Ländern und Kommunen mehr Spielräume geben, damit sie auf die sie zukommenden Änderungen flexibel reagieren können: Eine stärkere Zusammenarbeit zwischen benachbarten Gemeinden, Landkreisen und Ländern kann helfen, bei geringer werdenden finanziellen Spielräumen dennoch tragfähige Lösungen für den Unterhalt und die Bereitstellung der Daseinsvorsorge zu organisieren. Dort, wo administrative oder steuerliche Fragen sinnvollen Modellen der Zusammenarbeit entgegenstehen, wollen wir geeignete Lösungen entwickeln.

Auch in Regionen, die in Zukunft noch stärker vom Bevölkerungsrückgang betroffen sein werden, wollen wir weiterhin ein lebenswertes Umfeld sicherstellen. Hierbei möchten wir die Möglichkeiten, die uns moderne Techniken – und dabei insbesondere das Internet – bieten, nutzen, um die leistungsfähige Infrastruktur zu erhalten und eine gute Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Wir werden bestehende Vorschriften mit dem Ziel überprüfen, flexible und innovative Lösungen für dünn besiedelte Regionen zu ermöglichen.

4. Zukunft braucht Fachkräfte

Eine der größten Herausforderungen des Bevölkerungswandels ist der Fachkräftebedarf. Schon heute gibt es Branchen und Regionen, die wirtschaftlich erfolgreicher sein könnten, wenn es ausreichend Fachkräfte geben würde. Daneben spüren wir den Mangel insbesondere in Berufen, die sich dem Dienst am Menschen verschrieben haben, wie beispielsweise Pflege- und Betreuungskräfte für Kranke und Hilfebedürftige.

Gute Bildung und Ausbildung als Erfolgsfaktor

Jeder braucht eine Chance, kein Jugendlicher darf verloren gehen. Indem wir diesen Anspruch umsetzen, leisten wir auch einen Beitrag, um den Fachkräftebedarf der Zukunft decken zu können. Dazu brauchen wir ein erstklassiges Bildungs- und Ausbildungssystem mit engagierten Lehrkräften und Ausbildern.

Deshalb wollen wir die Bildungsrepublik Deutschland weiter stärken. Sie zeichnet sich durch ein durchlässiges, leistungsfähiges und differenziertes Bildungssystem aus, das auf der Gleichwertigkeit von allgemeiner, beruflicher und akademischer Bildung beruht. Damit bilden unsere Schulen, Hochschulen und Betriebe das Fundament und das Rückgrat unseres wirtschaftlichen Erfolgs.

Unser duales Ausbildungssystem mit jährlich über 500 000 Auszubildenden ist ein ausgezeichnetes Instrument der Berufsausbildung und hat sich als Mittel gegen Jugendarbeitslosigkeit bestens bewährt. Deutschland hat die niedrigste Arbeitslosigkeit bei jungen Menschen in der gesamten Europäischen Union. Wir setzen uns dafür ein, das duale Ausbildungssystem auch über unsere Landesgrenzen hinaus zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu verankern. Vor allem die Ausbildung im Betrieb sichert die Arbeitsmarktchancen der Auszubildenden. Diese Stärke wollen wir zusammen mit den Tarifpartnern dauerhaft sichern und weiterentwickeln. Dabei setzen wir vor allem auf die vielen Familienunternehmen und Handwerksbetriebe, die ein Grundpfeiler der dualen Ausbildung sind. Zu den Vorteilen unseres Bildungssystems zählt neben der dualen Berufsausbildung auch das duale Studium, das wir gemeinsam mit Wirtschaft und Hochschulen weiter fördern wollen.

Ein guter Übergang erleichtert den Berufsstart

Nach wie vor verlassen zu viele Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Häufig geraten sie in Warteschleifen oder brechen eine begonnene Ausbildung vorzeitig ab. Den jungen Menschen geht so kostbare Lebenszeit verloren. Auch für die Betriebe, die mit Fachkräftemangel kämpfen, ist dies nicht hinnehmbar. Deshalb hat die CDU-geführte Bundesregierung die sogenannten Bildungsketten eingeführt: Professionelle Berufseinstiegsbegleiter helfen den leistungsschwächeren Jugendlichen beim Übergang von der Schulbank in den Betrieb, indem sie zum Beispiel individuelle Förderpläne erstellen, den Jugendlichen bei der Ausbildungsplatzsuche und bei der Eingewöhnung im Unternehmen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Auf diese Weise kann eine frühzeitige und praxisorientierte Berufsvorbereitung bereits in der Schule einsetzen. Mit einer besseren Verzahnung und Bündelung der in diesem Bereich schon heute erfolgenden Aktivitäten – bis hin zur Möglichkeit der Einrichtung von Jugendserviceagentu-

ren – wollen wir neue Weg beschreiten, um die Koordination der verschiedenen Ansprechpartner der Jugendlichen deutlich zu verbessern.

Chancen für Jeden

Unser ganz besonderes Augenmerk gilt denjenigen, die es auf Grund ihrer persönlichen Lebenssituation schwer haben, eine geeignete berufliche Perspektive für sich zu entwickeln. Menschen mit Behinderung sollen dabei mehr Arbeitsangebote erhalten. Hierzu haben wir die „Initiative Inklusion“ auf den Weg gebracht. Mit ihr soll Menschen mit Behinderung aus allen Altersgruppen eine bessere Berufsorientierung, Ausbildung und Beschäftigung ermöglicht werden. Die Einbindung behinderter Menschen in die Gesellschaft ist und bleibt zentrales Ziel der CDU.

Wir haben uns das Ziel gesetzt, insbesondere Langzeitarbeitslosen beispielsweise durch Weiterbildung neue Chancen auf Arbeit zu eröffnen. Gerade junge Erwachsene unter 30 Jahren ohne Berufsausbildung brauchen eine besondere Förderung. Mit Blick auf den Fachkräftemangel fordern wir, dass weitere Anstrengungen unternommen werden, damit möglichst viele ihre Ausbildung nachholen können.

Wir setzen auch auf weitere Erfolge bei der Integration der in Deutschland lebenden Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Bei Neuzuwanderern setzen wir verstärkt auf vorbereitende Maßnahmen schon im Herkunftsland. Zugleich bauen wir mit einer konsequenten Politik des Forderns und Förderns bestehende Integrationsdefizite ab. Der Schlüssel zu einer erfolgreichen Integration liegt in der Beherrschung der deutschen Sprache und der Bereitschaft, sich mit Leistung und Verantwortung für unser Gemeinwesen einzubringen. Die meisten der über 15 Millionen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bei uns leben, leisten schon heute einen Beitrag zum Wohlstand unseres Landes. Zu einem großen Teil leben sie schon seit vielen Jahren bei uns. Viele von ihnen wurden hier geboren. In zahlreichen Großstädten haben inzwischen mehr als die Hälfte aller Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren eine Zuwanderungsgeschichte.

Neben besonderen Sprachkenntnissen und Kenntnissen über ihr Herkunftsland bzw. das ihrer Vorfahren verfügen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vielfach über abgeschlossene Berufs- oder Hochschulausbildungen. Dieses Potenzial liegt aber noch zu oft brach. Es muss effizienter gefördert und ausgeschöpft werden. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg ist das von der CDU durchgesetzte Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene berufliche Abschlüsse, die nun einfacher und schneller anerkannt werden.

Erfolge bei der Integration sind für unser Land ein großer Gewinn. Dafür stehen ganz besonders die über 680 000 Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die sich bei uns selbstständig gemacht und knapp zweieinhalb Millionen Arbeitsplätze geschaffen haben.

Qualifizierte Zuwanderung

Die Fachkräftesicherung wird nur gelingen, wenn wir weitere hochqualifizierte und leistungsbereite Menschen auf dem internationalen Arbeitsmarkt für unser Land gewinnen.

Bürger aus EU-Staaten mit hoher Arbeitslosigkeit können und sollen die Chancen der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union nutzen. Das gilt ganz besonders für Jugendliche aus anderen europäischen Ländern, die sich in Deutschland beruflich ausbilden lassen. Dies kann sowohl eine Hilfe gegen unseren Lehrlings- und Fachkräftemangel sein als auch gegen die zum Teil extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit in vielen Ländern unseres Kontinents. Auch Hochqualifizierte aus Ländern außerhalb Europas sind uns willkommen. Für sie und ihre Familien muss unser Land zum Leben und Arbeiten noch viel attraktiver werden. Leider kehren immer noch zu viele qualifizierte junge Leute Deutschland den Rücken – ob mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte. Diese Talente gilt es, bei uns zu halten bzw. zurückzugewinnen.

Für Hochqualifizierte aus Nicht-EU-Staaten haben wir mit der „Blauen Karte“ die Weichen für den deutschen Arbeitsmarkt bereits richtig gestellt. Wir machen damit deutlich, dass uns all diejenigen willkommen sind, die es hier durch besondere Leistungen zu etwas bringen wollen. Ausländischen Studenten haben wir es nach erfolgreichem Abschluss einfacher gemacht, in Deutschland zu bleiben, Arbeit aufzunehmen oder ein Unternehmen zu gründen.

Willkommenskultur

Mit gesetzlichen und organisatorischen Maßnahmen allein ist es aber nicht getan. Wir brauchen eine gelebte Willkommenskultur und eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten im Ausland. Eine Willkommenskultur muss sichtbar und spürbar werden – beginnend mit der Ankunft am Flughafen. Sie muss insbesondere in den Regionen, Städten und Gemeinden gefördert werden. Eigens für Neu-Zuwanderer brauchen wir eine Anlaufstelle, die den erfolgreichen Einstieg in das Leben in Deutschland ermöglicht und den Start in den Berufsalltag erleichtert. Deshalb fordert die CDU, unsere Rathäuser auch als „Willkommenszentren“ zu verstehen, die neue Zuwanderer in praktischen und rechtlichen Fragen unterstützen.

Für eine gezielte Ansprache von Hochqualifizierten fordert die CDU, dass deutsche Auslandsvertretungen, Außenhandelskammern u. a. als aktive Botschafter für den Wirtschaftsstandort und Arbeitsmarkt Deutschland werben. Sie müssen sich mit dem Aufbau entsprechender Strukturen zu Anlaufstellen für Studenten, Hochschulabsolventen und Hochqualifi-

zierte im Ausland entwickeln. Über die internationale Struktur der Goethe-Institute wie auch über die deutschen Auslandsschulen müssen diese Menschen künftig besser über die Zugangsmöglichkeiten zu deutschen Hochschulen und zum deutschen Arbeitsmarkt informiert werden. Zum Abbau von Sprachbarrieren wollen wir die Möglichkeiten zum Erlernen der deutschen Sprache im europäischen Ausland verbessern.

Wir begrüßen die Fachkräfteoffensive der CDU-geführten Bundesregierung mit ihrer mehrsprachigen Plattform im Internet www.make-it-in-germany.de. Sie bündelt alle nützlichen Informationen für Fachkräfte aus dem Ausland.

IV. Standort Deutschland stärken

1. Vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker

Geordnete Finanzen sind der Schlüssel zu nachhaltigem Wachstum und dauerhaftem Wohlstand. Rot-Grün hat regelmäßig mehr Schulden gemacht, als es der Maastricht-Vertrag erlaubt. Sie haben mit ihrer Schuldenpolitik nicht nur den Stabilitätspakt in Europa schwer beschädigt, sondern die Zukunftschancen und den Wohlstand kommender Generationen in Gefahr gebracht. 2005 haben wir als CDU in der Bundesregierung eine finanzpolitische Trendwende eingeleitet. Heute ist Deutschland für viele Länder wieder ein finanzpolitisches Vorbild. Unser Land ist vom Defizitsünder zum Stabilitätsanker Europas geworden. Wir haben die Schuldenbremse im Grundgesetz durchgesetzt. Unser Dreiklang aus Sparen, Strukturreformen und einer Politik für Wachstum hat sich ausgezahlt: Wir erzielen mehr Einnahmen, begrenzen die Ausgaben und investieren noch stärker in unsere Zukunft.

An diesem Kurs einer wachstumsfreundlichen Konsolidierung halten wir fest. Obwohl die Schuldenbremse erst ab 2016 eine maximale Neuverschuldung von 0,35 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) vorschreibt, wollen wir diese Vorgabe bereits im Jahr 2013 erfüllen. Unser Ziel ist es, schnellstmöglich einen gesamtstaatlichen Schuldenstand von maximal 60 Prozent des BIP zu erreichen. Das ist gelebte Generationengerechtigkeit.

Lohnzusatzkosten stabil halten

„Arbeit für Alle“ und solide Staatsfinanzen bedingen einander. Deshalb haben wir einen steigenden Teil der Sozialversicherungskosten von den Arbeitskosten entkoppelt. Das sichert und schafft neue sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Das war möglich, weil wir durch erfolgreiche Reformen die sozialen Sicherungssysteme stabilisiert und Beiträge gesenkt haben. Dadurch konnten wir die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu gleichen Teilen finanzierten Lohnzusatzkosten unter 40 Prozent halten. Unter Rot-Grün hatte die gesamte gesetz-

liche Sozialversicherung ein Defizit von 3,3 Milliarden Euro. Heute haben wir einen Überschuss und der gemeinsame Beitragssatz liegt bei 39,2 Prozent. Unser Ziel bleibt, die Lohnzusatzkosten nachhaltig zu stabilisieren und dadurch sozialversicherungspflichtige Arbeit attraktiver zu machen. Deshalb werden wir den Beitragssatz zur Rentenversicherung zu Beginn des kommenden Jahres weiter absenken. Damit wird der Gesamtbetrag zur Sozialversicherung um rund 2,5 Prozentpunkte niedriger liegen als Ende 2005.

Wachstumsfreundliche Konsolidierung fortsetzen – finanzielle Vorsorge ausbauen

Eine älter werdende Gesellschaft mit weniger Beschäftigten, weniger jungen Menschen und mehr Rentnern muss auch finanziell vorsorgen, die öffentliche Infrastruktur weiterentwickeln und sich auf Investitionen konzentrieren, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Dazu wollen wir die Staatsquote, d.h. den Anteil der Staatsausgaben an der wirtschaftlichen Gesamtleistung unserer Volkswirtschaft, weiter reduzieren. Seit Regierungsübernahme der CDU Ende 2005 ist die Staatsquote um zwei Prozentpunkte auf 45 Prozent zurückgegangen – trotz der großen Wirtschaftskrise mit umfangreichen staatlichen Rettungsprogrammen. Anders als die linken Parteien, die auf Bevormundung und Reglementierung durch den Staat setzen, vertrauen wir den Menschen und ihren Ideen. Dafür schaffen wir Spielräume.

Geordnete Finanzen haben Vorrang

Wir wollen in der Spitzengruppe der Industrienationen bleiben, um unseren Lebensstandard und die hohe soziale Sicherheit zu schützen. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, dürfen Steuern und Beiträge nicht unnötig erhöht werden, wie die Opposition das will. Vielmehr muss die beständige Prüfung der staatlichen Aufgaben einen wichtigen Beitrag zur Ausgabenbegrenzung leisten. Mit Blick auf die erheblichen finanziellen Lasten in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen sagen wir aber genauso deutlich: Geordnete Finanzen haben Vorrang vor Steuersenkungen. Wenn sich durch unsere solide Finanzpolitik Spielräume für Steuersenkungen eröffnen, müssen zu allererst die Arbeitnehmer für ihren Einsatz belohnt werden.

Lohnerhöhungen müssen beim Arbeitnehmer ankommen

Wir unterstützen die Bundesregierung nachdrücklich bei ihrem Plan, die so genannte „kalte Progression“ im Steuerrecht abzubauen. Dabei darf es nicht bei einer einmaligen Anpassung des Tarifs bleiben. Wir müssen – wie auch vom Bundesverfassungsgericht gefordert – die steuerliche Freistellung des Existenzminimums sichern und entsprechende Anpassungen vornehmen. Damit dies nicht zu einer neuerlichen Verschärfung der „kalten Progression“ führt, sollen auch die Steuertarife regelmäßig angepasst werden. Wir wollen, dass Gehaltssteigerungen, die lediglich Preisentwicklungen nachzeichnen, nicht zu einer höheren Steuerbelas-

tung führen. Insgesamt sollen vor allem Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen entlastet werden. Deshalb fordern wir SPD und Grüne auf, ihre Blockade im Bundesrat bei diesem Vorhaben zu beenden.

2. Europa: Grundstein unseres Erfolges

Seit über 60 Jahren steht die europäische Einigung für Frieden, Freiheit und Wohlstand auf unserem Kontinent. Mit Freude blicken wir auf das nächste Jahr, wenn wir gemeinsam mit unserem französischen Nachbarn den 50. Jahrestag der Unterzeichnung des Deutsch-Französischen Freundschaftsvertrages durch Konrad Adenauer und Charles de Gaulles begehen. Für die heutige Generation ist die europäische Freundschaft und das tägliche Miteinander eine Selbstverständlichkeit, ein Krieg zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union undenkbar. Wir leben und erfahren ein Europa ohne Grenzen, beim Reisen oder bei der Ausbildung unserer Kinder. Das ist die gute Botschaft Europas. Ihr fühlen wir uns verpflichtet. Wir wollen sie bewahren und weiterentwickeln. Dabei sind wir uns bewusst, dass Deutschland und Frankreich auch in Zukunft eine besondere Verantwortung für das Gelingen des Einigungsprozesses und den Wohlstand unseres Kontinents haben.

Wir Deutschen brauchen Europa und Europa braucht uns, weil wir nur gemeinsam unsere Werte verteidigen und nur gemeinsam unsere Art zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften in der Welt verankern können. Wir brauchen Europa, weil wir nur gemeinsam unsere europäische Überzeugung von freiheitlicher Demokratie, offener Gesellschaft und Sozialer Marktwirtschaft behaupten können.

Wir sehen uns konfrontiert mit neuen, schnell aufstrebenden Wettbewerbern auf den internationalen Märkten, die den Wettbewerb mit einer bislang nicht bekannten Dynamik beschleunigen. Gleichzeitig leben wir in einer Welt mit mehr als sieben Milliarden Menschen, von denen nur noch knapp sieben Prozent Europäer sind. Wir werden unsere Interessen angesichts dieser neuen Herausforderungen nur durchsetzen können, wenn wir Europäer sie gemeinsam vertreten. Nur gemeinsam haben wir Europäer in der Welt eine starke Stimme. Dabei verbinden uns mehr als nur wirtschaftliche Belange. Das starke Fundament, auf dem Europa gründet, ist seine reiche und bewegte gemeinsame Geschichte, aus der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit hervorgegangen sind. Diese gemeinsamen Errungenschaften motivieren uns, den europäischen Einigungsprozess weiter voranzutreiben. Wir sind uns der besonderen Verantwortung Deutschlands für diese Aufgabe bewusst.

Der Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise ist auf diesem Weg eine Herausforderung von existentieller Bedeutung. Bei allem Krisenmanagement für den Bestand des Euro ist

uns Christdemokraten bewusst: Europa ist weit mehr als ein gemeinsamer Binnenmarkt, der Euro ist weit mehr als eine gemeinsame Währung. Er ist zum Symbol für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa geworden. Deswegen sind wir überzeugt: Scheitert der Euro, dann scheitert Europa. Das wollen wir verhindern!

Klare Prinzipien: Eigenverantwortung und Solidarität – Haftung und Entscheidung

Die europäische Staatsschuldenkrise stellt die Europäische Union vor die größte Herausforderung seit ihrer Gründung. Umso wichtiger ist es, dass die CDU-geführte Bundesregierung über die Wahrung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft bei der Krisenbewältigung gewacht hat und sie konsequent für eine wirkungsvolle Stabilitätsunion arbeitet. Für dauerhafte Stabilität und nachhaltiges Wachstum in Europa brauchen wir dabei einen Dreiklang aus solider Finanzpolitik, Wachstumsförderung durch Strukturreformen und Investitionen in die Zukunft sowie tragfähiger Krisenvorsorge. Wir lassen uns daher von folgenden Prinzipien leiten:

- Haftung und Entscheidung gehören zusammen.
Haftung kann grundsätzlich nur dort eingefordert werden, wo die Entscheidungen gefällt werden. So gehört es zu einer soliden, tragfähigen Finanzpolitik, dass jeder Staat für seine Schulden grundsätzlich selbst verantwortlich ist. Wir sind nicht bereit, aus Europa eine Schuldenunion zu machen, in der sorgsames Haushalten bestraft und Schuldenpolitik belohnt werden. Deshalb sind wir gegen Pläne zur Einführung von Eurobonds oder eine gemeinsame Haftung für Alt-Schulden. Denn Haftung und Entscheidung müssen zusammengehören.
- Solidarität ist keine Einbahnstraße.
Für uns gilt der Grundsatz: Keine Hilfe ohne Gegenleistung. Deshalb müssen die hilfsbedürftigen Staaten umfassende Reformen durchführen, um wieder stabil und wettbewerbsfähig zu werden.

Auf dem Weg in Richtung einer Stabilitätsunion konnte die CDU-geführte Bundesregierung auf der Grundlage dieser Prinzipien wichtige Erfolge erzielen:

- Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket wird der Stabilitäts- und Wachstumspakt glaubwürdiger und schlagkräftiger. Er greift früher, die Überwachungsmaßnahmen sind umfangreicher und die Sanktionen im Fall von Verstößen deutlich strikter als bisher. Politische Einflussnahme ist erheblich begrenzt und die Prävention deutlich ge-

stärkt worden. Diesen Weg setzen wir mit dem Fiskalpakt konsequent fort.

- Der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) wird es ermöglichen, überschuldete Euro-Staaten in kontrollierbaren Schritten zu sanieren, um den Bestand unserer Währung insgesamt zu sichern. Dabei bedürfen Hilfen des ESM der regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle und sind stets zeitlich zu befristen. Dazu muss gewährleistet sein, dass Euro-Staaten, die ESM-Hilfen erhalten, sich als Gegenleistung dazu verpflichten, den Ursachen der Krise in ihrem Land durch konsequentes Sparen und eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu begegnen. Sobald die Reformen greifen, werden die Länder besser in der Lage sein, ihre Leistungsbilanzdefizite abzubauen. Gemeinsam mit der nötigen Haushaltsdisziplin kann so auch das Vertrauen der Anleger zurückgewonnen werden. Beides zusammen würde einen entscheidenden Beitrag leisten, damit sich die in erhebliche Schieflage geratenen gegenseitigen Forderungen und Verbindlichkeiten der nationalen Notenbanken im Zahlungsverkehrssystem der Europäischen Zentralbank („Target 2“) wieder entspannen können.
- Mit einem gezielteren Einsatz von EU-Fördermitteln unterstützen wir notwendige Wachstumsimpulse für Europa. Die Aufstockung des Stammkapitals der Europäischen Investitionsbank (EIB) oder der verbesserte Einsatz der Mittel aus den Europäischen Strukturfonds sind weitere wachstumsfördernde Maßnahmen auf diesem Weg. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu.

Die Politische Union vollenden

Wir als die deutsche Europapartei fühlen uns besonders verantwortlich, den europäischen Einigungsprozess zu festigen und unser Land in einem geeinten Europa in eine gute Zukunft zu führen. Wir brauchen in wichtigen Politikfeldern mehr Europa. Daher werden wir in den nächsten Jahren Schritt für Schritt eine kraftvolle, bürgernahe und demokratische Politische Union in Europa aufbauen. Auf der Grundlage unseres Parteitagsbeschlusses „Starkes Europa – Gute Zukunft für Deutschland“ vom 14./15. November 2011 werden wir unsere Vorstellungen von den nächsten Schritten zu einer Politischen Union weiterentwickeln.

3. Energiewende voranbringen und Rohstoffstrategie durchsetzen

Von überragender Bedeutung für unser Land ist eine verlässliche Energieversorgung. Dabei steht für uns fest: Wir werden den eingeschlagenen Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien entschlossen und zügig, aber auch mit Augenmaß weitergehen. Die Bundesrepublik

ist auf eine sichere, bezahlbare und saubere Energieversorgung angewiesen. Sie ist ein entscheidender Schlüssel zum Erfolg unseres Landes, das als Industrie- und Wirtschaftsnation in einem globalen Wettbewerb steht. Nicht minderwichtig ist es, dass es uns gelingt, insgesamt noch effizienter mit den uns zur Verfügung stehen Ressourcen umzugehen und den Zugang zu strategisch wichtigen Rohstoffen für die deutsche Wirtschaft dauerhaft zu sichern.

Wegweisende Energiewende

Grundlage für die Energiewende ist das von der CDU-geführten Bundesregierung beschlossene Energiekonzept. Ein derart umfassendes und ehrgeiziges Konzept, das alle Bereiche – Strom, Wärme und Verkehr – abdeckt, hat es in der deutschen Umwelt- und Energiepolitik noch nicht gegeben. So soll bis zum Jahr 2050 der Energieverbrauch in Deutschland halbiert, der Anteil erneuerbarer Energien am Stromverbrauch auf 80 Prozent gesteigert werden. Im Verkehrsbereich soll der Energieverbrauch bis 2050 um mindestens 40 Prozent gegenüber 2005 zurückgehen. Die klimaschädlichen Treibhausgase sollen um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 vermindert werden. Auf dem Weg zu diesen ehrgeizigen Zielen sind wir in den letzten Jahren gut vorangekommen. Mit einem Anteil von 20 Prozent erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung zählen wir schon heute international zur Spitzengruppe der Industrieländer.

Versorgungssicherheit hat Priorität

Für einen Erfolg der Energiewende brauchen wir aber zusätzliche Anstrengungen. Der Ausbau des Stromnetzes muss genauso beschleunigt werden wie die Entwicklung neuer Speichertechnologien. Zugleich brauchen wir auch moderne Kohle- und Gaskraftwerke, um die erforderliche Grundlast sicherstellen und die Schwankungen bei den erneuerbaren Energien wirksam ausgleichen zu können. Nur wenn das gelingt, kann die Versorgungssicherheit zu jeder Tages- und Nachtzeit hergestellt werden. Deshalb wollen wir den Bau neuer, effizienter Kraftwerke beschleunigen und streben für die Investoren stabile und verlässliche Rahmenbedingungen an. Durch den Einsatz modernster Technologien kann auch die Braunkohle als einheimischer Energieträger solange wie nötig genutzt werden.

Energiepreise müssen bezahlbar und die Wirtschaft wettbewerbsfähig bleiben

Der mit der Energiewende einhergehende Umbau unserer Energieversorgung ist eine Generationenaufgabe mit erheblichen Investitionen und finanziellen Anstrengungen. Ziel muss es sein, die unvermeidlichen Kostensteigerungen der Energiepreise durch eine möglichst effiziente Ausgestaltung des Umbaus so gering wie möglich zu halten. Weder private Verbraucher noch Unternehmen dürfen durch die Energiewende überfordert werden. Deshalb stehen wir dafür, dass diese Mehrkosten einerseits fair verteilt werden und andererseits nicht dazu füh-

ren, dass Arbeitsplätze vernichtet werden. Gleichzeitig müssen bei der Umsetzung der Ausbauziele alle Möglichkeiten zur Kostenminimierung innerhalb Deutschlands und Europa konsequent genutzt werden. Es ist entscheidend, die Energiewende als nationales Gemeinschaftswerk in Abstimmung mit der EU voranzutreiben.

Wir setzen uns für eine Vereinheitlichung der Wettbewerbsbedingungen ein. Solange deutsche Unternehmen im internationalen Wettbewerb durch unterschiedliche Regeln und Rahmenbedingungen für Preise und Steuern erheblich benachteiligt werden, brauchen wir weiterhin Entlastungen für besonders betroffene energieintensive Unternehmen. Sie sind nur mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen in der Lage, Arbeitsplätze zu schaffen und Impulse zum Wachstum in Deutschland zu erbringen. Wir wollen, dass sie diese Chancen auch in Zukunft bei uns nutzen können.

Energiewende setzt auf Vielfalt

Der Weg in das Zeitalter der erneuerbaren Energien setzt nicht auf eine einzige Energieform, sondern auf Vielfalt. Dabei wollen wir die Vorteile der jeweiligen erneuerbaren Energie nutzen, sie intelligent miteinander verknüpfen und offen bleiben für neue Technologieentwicklungen. In einem intelligenten Energiesystem sind zentrale wie dezentrale Systeme gleichermaßen erforderlich, ebenso wie größere und kleinere Energieerzeuger. Deshalb werden wir alle ermuntern, im Interesse unseres Landes an einem Strang zu ziehen.

Damit die Energiewende gelingt, wollen wir auch die großen Möglichkeiten zur Steigerung der Energieeffizienz und der Energieeinsparung gerade im Gebäudebereich nutzen. Der Wärmebedarf soll bis 2020 um 20 Prozent sinken und der Stromverbrauch in Gebäuden u. a. durch energieeffiziente Haushaltsgeräte sowie moderne, intelligente Netze um mindestens 10 Prozent vermindert werden. Bis zum Jahr 2050 soll ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden. Dazu hat die CDU-geführte Bundesregierung das KfW-Gebäudesanierungsprogramm auf 1,5 Milliarden Euro erhöht und beabsichtigt, die steuerlichen Anreize gemeinsam mit den Ländern auf den Weg zu bringen.

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang auch die zahlreichen Initiativen, die beispielsweise nach genossenschaftlichen Prinzipien private Investitionen in Energieeffizienz und Klimaschutz unterstützen. Wir sehen darin ermutigende Ansätze, die unterstreichen, wie vielfältig die Ideen und das Engagement der Menschen in unserem Land sind.

Leitungsbau mit koordiniertem Vorgehen beschleunigen

Von überragender Bedeutung für den Erfolg der Energiewende ist der rasche Neubau von Leitungsnetzen. Das gilt für den Ausbau der regionalen Verteilnetze und insbesondere die

großen Trassen, die den Strom aus den windreichen Regionen an Nord- und Ostsee in den Süden und Westen transportieren, wo besonders verbrauchsstarke Unternehmen beheimatet sind.

Um den Netzausbau zu beschleunigen, hat die CDU-geführte Bundesregierung wichtige Weichenstellungen vorgenommen. Mit dem Energieleitungsausbaugesetz, dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz sowie einem Bedarfsplangesetz stellen wir sicher, dass zentrale länderübergreifende Projekte durch schnellere Verfahren und eine bessere Koordination rascher fertiggestellt werden können.

Europäischen Energieverbund stärken und Energiebinnenmarkt vollenden

Neben dem Ausbau bei uns im Land wollen wir auch die Weichen für einen besseren Transport des Stroms innerhalb Europas stellen. Schwankungen können besser ausgeglichen werden, wenn es gelingt, den Strom grenzüberschreitend zu transportieren und seine europaweite Speicherfähigkeit zu verbessern. Wir unterstützen die EU-Kommission in ihren Bemühungen um den Ausbau eines europäischen Strom-Binnenmarkts. Auch in der Energiepolitik gilt: Europa kann nur stark sein, wenn die Integration vorangetrieben wird. Hierzu müssen der europäische Stromverbund und die Grenzkuppelstellen weiter ausgebaut werden.

Gemeinschaftsaufgabe mit neuen Chancen

Die Energiewende ist eine Gemeinschafts- und Generationenaufgabe, die wir mit den Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft, Ländern, Städten und Gemeinden und allen gesellschaftlichen Gruppen gemeinsam bewältigen wollen. Mit neuen Formen der Bürgerbeteiligung wollen wir die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessern und einen gemeinsamen Konsens schaffen. Wir sehen bei den Anwohnern auch den Wunsch, auf Oberleitungen zu verzichten und stattdessen vermehrt auf Erdkabel, insbesondere in Wohnortnähe, zu setzen. Hier werden wir Kosten und Nutzen sorgfältig abwägen, wobei wir bei gesundheitlicher Unbedenklichkeit auf den raschen Netzausbau und die Bezahlbarkeit besonderen Wert legen.

Neben den vor uns liegenden Herausforderungen bietet die Energiewende auch große Chancen für Innovationen und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die Märkte für erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind auf innovative Lösungen angewiesen. Gerade deutschen Unternehmen bieten sich durch ihre technologische Vorreiterrolle vielfältige Möglichkeiten, zu den Pionieren eines neuen und sich weltweit entwickelnden Marktes zu gehören.

Markintegration beschleunigen und Speichertechnologie verbessern

Entscheidend ist es, die Wettbewerbsfähigkeit sowie die Markt- und Systemintegration der erneuerbaren Energien voranzutreiben und Anreize für technische Innovationen zu setzen.

Wir wollen den Netzausbau besser mit dem technologieoffenen weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien verzahnen. Hierbei muss auch über eine Fortentwicklung des Fördersystems für erneuerbare Energien nachgedacht werden. Wir brauchen zudem stärkere Anreize für Forschung und Entwicklung sowie einen nachhaltigen Ausbau von Energiespeichern. Die Bundesregierung stellt im Rahmen der Hightech-Strategie bis 2014 200 Millionen Euro für die Entwicklung neuer Speichertechnologie bereit. Wir wollen, dass dieses Thema auch darüber hinaus eine besondere Priorität genießt.

Der Staat muss Konzeption, Koordination und Förderung in die Hand nehmen

Die Energiewende ist eine gewaltige technische und organisatorische Herausforderung. Sie erfordert ein umfassendes Konzept, eine gute Koordination und effiziente Förderung. Hier sehen wir für die nächsten Jahre ein zentrales Aufgabenfeld staatlichen Handelns, dessen Hauptverantwortung es ist, die Energiewende erfolgreich zu gestalten. Deshalb sind eindeutige Zuständigkeiten und eine klare Abstimmung vor allen Dingen zwischen Bund und Ländern, zwischen den einzelnen Ländern, aber auch mit den beteiligten Unternehmen gefordert, genauso wie ein straffes Projektmanagement.

Rohstoffzugang sichern und Ressourcen effizient nutzen

Für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes sind wir auf eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Versorgung mit Rohstoffen angewiesen. Viele Bereiche unserer Wirtschaft sind vom Import strategischer Rohstoffe abhängig. Wir wollen durch eine gezielte Rohstoff- und Ressourcenpolitik dafür sorgen, dass wichtige Innovationen auch in Zukunft nicht durch eine unzureichende Versorgung mit Rohstoffen behindert werden.

Deshalb unterstützt die CDU das Rohstoffkonzept der Bundesregierung, die Versorgung mit nicht zu ersetzenden Rohstoffen sicherzustellen und gleichzeitig die Abhängigkeit durch Investitionen in die Entwicklung von neuen Werkstoffen zu verringern. Zudem wollen wir die Material- und Energieeffizienz verbessern und die Recyclingquote erhöhen. Auch die verstärkte Nutzung einheimischer Rohstoffe kann dazu dienen, die Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu verringern. Ziel einer sicheren und nachhaltigen Rohstoffversorgung in Deutschland muss es sein, auch in den Förderländern den verantwortungsvollen und transparenten Umgang mit Rohstoffen durch gute Regierungsführung und eine nachhaltige Rohstoffwirtschaft unter Wahrung der Menschenrechte und Einhaltung international anerkannter sozialer und ökologischer Mindeststandards zu stärken. Wir begrüßen die Initiativen der deutschen Wirtschaft zum Aufbau einer Rohstoffallianz, mit dem Ziel, die Versorgung der verschiedenen Wirtschaftsbereiche mit Rohstoffen langfristig zu gewährleisten. Wir Christdemokraten wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Gewinnung und Nut-

zung der Schätze der Erde so ausgestalten, dass sie einer weltweit nachhaltigen und friedlichen Entwicklung dienen.

4. Deutschland als innovative Wissens- und Gründergesellschaft voranbringen

Deutschland ist ein technikfreundliches Land mit einer hohen technologischen Leistungsfähigkeit. Wir sind stolz darauf, dass deutsche und ausländische Unternehmen gerne in Deutschland forschen und Produkte entwickeln. Das ist für uns Ansporn, noch besser zu werden und die Rahmenbedingungen weiter zu verbessern. Unser Land ist heute wieder einer der weltweit führenden Innovationsstandorte. Spitzentechnologie „Made in Germany“ begründet unseren Weltruf und unsere Wettbewerbsfähigkeit. Sie sichert so Arbeitsplätze, Wachstum und Wohlstand.

Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf Rekordstand

Noch nie wurde in Deutschland so viel für Forschung und Entwicklung ausgegeben wie unter der CDU-geführten Bundesregierung. Die öffentlichen und privaten Aufwendungen sind auf den Rekordwert von knapp 70 Mrd. Euro gestiegen und haben die angestrebten drei Prozent des Bruttoinlandsproduktes nahezu erreicht. Allein die jährlichen Ausgaben der Bundesregierung für Forschung und Entwicklung sind in der Regierungszeit der CDU von 9 Milliarden Euro im Jahr 2005 auf 13,7 Milliarden Euro in 2011 gestiegen. In dieser Legislaturperiode sind insgesamt 12 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung ausgegeben worden. Das ist ein deutliches und ermutigendes Zukunftssignal. Wir sind davon überzeugt, dass Investitionen in die Wissenschaft die Chancen und Arbeitsplätze von morgen sind. Doch nicht nur die Ausgaben, auch die Ergebnisse der Wissenschaft stimmen zuversichtlich: Die Anzahl der wissenschaftlichen Publikationen pro Einwohner als wichtiges Kriterium für die Leistungsfähigkeit der Forschung ist zwischen 2000 und 2010 um rund 28 Prozent gestiegen. Damit konnten wir erstmalig den bisherigen Spitzenreiter USA überholen. Das ist eine beeindruckende Leistung unserer Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

Hochschulen und Forschungseinrichtungen ziehen Studenten aus der ganzen Welt an

Es ist auch ein Beitrag zum hervorragenden nationalen und internationalen Ansehen unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Die Zahl der ausländischen Studenten hat sich seit Anfang 2000 um 60 Prozent erhöht. Die Förderorganisation DAAD und die Alexander-von-Humboldt-Stiftung sind hierbei wichtige Stützen. Insgesamt studieren in Deutschland mit über 2,2 Millionen so viele junge Menschen wie noch nie. Im gleichen Zeitraum hat auch die Zahl der wissenschaftlichen Stellen in Deutschland um 60 000 zugenommen. Mittlerweile

arbeiten in Deutschland mehr als eine halbe Million Menschen für Forschung und Entwicklung – das ist ein Rekordstand.

Technikbegeisterung fördern und verantwortungsvolle Talente für die Zukunft gewinnen

Wir wollen als offene Wissensgesellschaft auch langfristig erfolgreich sein. Wir wollen Schritt halten im globalen Wettbewerb. Dafür müssen wir unsere Offenheit für neue Technologien und unsere Neugier für Veränderung bewahren und ausbauen. Technikbegeisterung und Technikinteresse gilt es früh zu wecken. Immer mehr Kindergärten werden deshalb zum „Haus der kleinen Forscher“. Über eine Million Kinder in mehr als 19 000 Kitas werden mit diesem naturwissenschaftlich-technischen Angebot bereits erreicht. In der Schule stärken wir die MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) und bauen sie qualitativ aus. Solide naturwissenschaftliche und technische Bildung ist für jeden wichtig.

Wir wollen Deutschland zu einer Talentschmiede mit Chancen für Alle machen. Dazu gehört auch das Bekenntnis zur Förderung von besonders Begabten. Mit Blick auf die Begabten sehen wir auch, dass die Zukunft unseres Landes entscheidend vom Engagement und der Innovationskraft seiner Eliten abhängt. Für die CDU steht fest: Eine Elite zeichnet sich durch fachliche Exzellenz, hohes Verantwortungsbewusstsein und klare Werte aus. Grundsätze der Verantwortungs- und Gesellschaftsbildung sind daher für uns fester Bestandteil der Förderung von Eliten.

Studienfinanzierung gesichert und neue Karrierewege eröffnet

Für junge Menschen ist die Finanzierung ihres Studiums eine zentrale Frage. Wir lassen sie hier nicht allein und sehen das BAföG weiter als starke Säule unserer Studienfinanzierung. Zur gezielten Talentförderung haben wir das Deutschlandstipendium eingeführt und wollen es ausbauen. Sein Erfolg zeigt, dass es richtig war, den Weg zu einer neuen Spenden- und Alumnikultur einzuschlagen und ein stärkeres privates Engagement für unsere Nachwuchsförderung zu erschließen. Auch die Mittel für die Begabtenförderungswerke haben wir erhöht. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs werden wir auf Talente und Begabungen zugeschnittene Karrierewege weiter fördern. Wir wollen den akademischen Mittelbau wieder stärken. Hierfür sollen z. B. verschiedene Formen von Professuren weiterentwickelt werden. Unser Ziel sind attraktive, familienfreundliche Rahmenbedingungen und planbare Karriereperspektiven.

Wir fördern Exzellenz und bleiben ein verlässlicher Partner für die Wissenschaft

Für Spitzenleistungen des Forschungsstandortes Deutschland wollen wir die Dynamik der Exzellenzinitiative der Hochschulen auch nach 2017 nutzen und dafür entsprechende Ansätze

entwickeln. Mit dem Pakt für Forschung und Innovation bleiben wir ein verlässlicher Partner der Wissenschaft und werden auch künftig mit einem stabilen Aufwuchs von 5 Prozent jährlich zur Finanzierung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen einen soliden Beitrag leisten. Mit dem Wissenschaftsfreiheitsgesetz haben wir ein wichtiges Projekt für den Forschungsstandort Deutschland auf den Weg gebracht. Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen erhalten mehr Freiheit und Eigenständigkeit bei der Mittelverwendung, damit die Forschungsfördermittel noch effektiver eingesetzt werden können. Bei der Personalgewinnung ergeben sich neue Chancen, da Spitzenforschern künftig auch international wettbewerbsfähige Gehälter gezahlt werden können. Das stärkt unsere Rolle im internationalen Wettbewerb. Wir wollen für den Hochschulbereich vergleichbare Freiheiten erreichen – in Zusammenarbeit von Bund und Ländern. Diese Zusammenarbeit von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung wollen wir auch durch die seitens der Bundesregierung angestrebene Grundgesetzänderung stärken. Dabei bedingen sich exzellente Forschung und exzellente Lehre gegenseitig. Wenn Forscher ihre Expertise in ihren Lehrveranstaltungen mit Studenten teilen, profitieren alle Beteiligten. Die Exzellenz von universitärer Lehre schafft die Grundlage für die Exzellenz von Nachwuchswissenschaftlern und Nachwuchsfachkräften für die deutsche Wirtschaft. Die CDU begrüßt die Initiativen der Länder die Lehre an den Hochschulen zu stärken und trotz steigender Studentenzahlen weiter zu verbessern.

Mit der Hightech-Strategie und Spitzenclustern die Zukunft gewinnen

Mit unserer Hightech-Strategie 2020 bündeln wir die Forschungs- und Innovationsaktivitäten und richten sie auf die großen Herausforderungen und Zukunftsmärkte aus: Klima und Energie, Gesundheit und Ernährung, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation. Deutschland soll hier Vorreiter bei der Lösungsfindung sein.

Wir fördern hierzu Spitzencluster, in denen führende Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Verwaltung und weitere Akteure eines Technologiefeldes ihre Kräfte in einer Region bündeln. Wir entwickeln neue Modelle der öffentlich-privaten Partnerschaft. In Forschungszentren arbeiten Wissenschaft und Wirtschaft an den Problemen von morgen und entwickeln die Techniklösungen und Dienstleistungen von übermorgen.

Wir werden im Rahmen der Versorgungsforschung stärker wissenschaftlich untersuchen, wie Patienten, insbesondere ältere und chronisch Kranke in Deutschland versorgt sind. Auf dieser Basis wollen wir optimale Therapien und neue Versorgungskonzepte entwickeln und umsetzen, die die Lebensqualität der Patienten im Alltag verbessern und die gleichzeitig wirtschaftlich sind.

Forschungsraum Europa stärken

Wissenschaft ist international, deshalb darf sich die Zusammenarbeit auch nicht auf Regionen in Deutschland beschränken. Vielmehr brauchen wir in der Globalisierung einen gemeinsamen Forschungsraum Europa. Wir werden hierfür ein starker Partner in Europa sein, unsere Hightech-Strategie nach Europa tragen und ein starkes Netz der europäischen Innovationsregionen knüpfen. Das schafft Innovations- und Wachstumsimpulse in Deutschland und ganz Europa.

Rahmenbedingungen für Technologietransfer und Unternehmensgründungen verbessern

Wir wollen, dass aus noch mehr Forschungsergebnissen schnell serienreife Produkte und Systeme werden. Dazu wollen wir mit der Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung ein neues unbürokratisches Förderinstrument erproben, das zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen setzt. Die bestehende themenoffene Projektförderung wollen wir als Kern der Mittelstandsförderung fortsetzen.

Wir haben die Beteiligung von Forschungseinrichtungen an Ausgründungen deutlich erleichtert. Mit der Weiterentwicklung der „EXIST“-Initiative wollen wir universitätsweite Gründungsstrategien unterstützen, die es für Studenten und Absolventen attraktiver macht, ihre Ideen schneller und erfolgreicher am Markt umzusetzen. Insgesamt geht es darum, die Bedingungen für Gründungen gerade im dynamischen und schnell wachsenden Hightech-Bereich zu verbessern.

Wir werden einen neuen „Investitionszuschuss Wagniskapital“ einführen, von dem insbesondere „Business Angel“ profitieren sollen und der zur notwendigen Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wagniskapital in Deutschland beiträgt. Wagniskapitalfonds sollen darüber hinaus als Vermögensverwalter von der Gewerbesteuer befreit sein. Mit dem neu angelegten Hightech-Gründerfonds können wir neu gegründeten Technologieunternehmen eine erste Finanzierung anbieten.

5. Chancen der Digitalisierung nutzen

Internet und digitale Wirtschaft treiben Innovation und Wachstum rasant voran. Gerade in den traditionellen Wirtschaftsbereichen wird die Digitalisierung immer stärker zum Wachstumstreiber: International gehören wir heute zur Spitzengruppe, aber die Geschwindigkeit der Veränderungen ist enorm und nimmt international weiter zu. Weitere Anstrengungen sind deshalb notwendig, wenn wir auch in Zukunft eine gestaltende Rolle in diesem Bereich wahrnehmen wollen. Deshalb wollen wir uns hier besonders engagieren – mit dem Ziel,

Deutschland zum digitalen Wachstumsland Nummer 1 bis zum Ende des Jahrzehnts zu machen.

Wir sehen vor allem die damit verbundenen großen Chancen für unser Land und ein besseres Leben: Wir sehen die Chancen für eine moderne medizinische Betreuung durch eine IT-gestützte Gesundheitsversorgung („E-Health“). Wir sehen die Chancen im Bereich der Bildung an Schulen und Hochschulen. Präsenz- und Onlinelernen können dort miteinander verbunden werden. Wir sehen die Chancen des „Internets der Dinge“, bei dem Geräte und Maschinen über das Internet eigenständig miteinander kommunizieren. Wir sehen die Möglichkeiten für eine bürgerfreundliche Modernisierung der Verwaltung mit internetgestützten Dienstleistungszentren („E-Government“), die die Zusammenarbeit der Behörden verbessern, Kosten sparen und die Servicequalität erhöhen. Wir sehen, wie starre Arbeitszeitmodelle im Interesse von mehr persönlicher Flexibilität durch neue Formen der Kommunikation und eine Überwindung der Trennung von Arbeits- und Wohnwelt aufgebrochen werden können. Wir sehen auch neue Trends wie die durch das Internet hervorgebrachte „Wirtschaft des Teilens“ („sharing economy“) und deren Wachstumschancen. Sogenannte „Smart Homes“ werden schon in naher Zukunft unser Heim und unseren privaten Lebensraum prägen. Wir wollen diese großen Chancen und wirtschaftlichen Potenziale – zusammen mit den Menschen und Unternehmen in unserem Land – engagiert anpacken.

Neue Schwerpunkte in der Hightech-Strategie

Mit dem Internet lassen sich Geschäftsmodelle weltweit vermarkten. Um diese Chance besser zu nutzen, werben wir für eine stärkere Internationalisierung. Dies werden wir gezielt mit grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten im Bereich von Wissenschaft und Forschung unterstützen.

Zentrale Zukunftsherausforderungen, wie die Energiewende und der demographischer Wandel, sind ohne Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) nicht zu meistern. Deshalb wollen wir hier innerhalb der Hightech-Strategie der Bundesregierung besondere Schwerpunkte setzen und damit Themen wie „Cloud Computing“, „Green IT“, „Internet der Dinge“, „E-Energy“, „Internet der Dienste“ und Elektromobilität voranbringen.

Cyber-Kriminalität und mehr Sensibilität für Gefahren

Die zunehmende Digitalisierung bringt auch neue Gefahren, Verwundbarkeiten und Angriffsmöglichkeiten mit sich. Der Schutz der Privatsphäre und ein effektiver Datenschutz sind für uns auch in der digitalen Welt unverzichtbar. Nach vorsichtigen Schätzungen entsteht

weltweit durch Cyber-Kriminalität jährlich ein Schaden in hoher dreistelliger Milliardenhöhe. Zum Schutz deutscher Bürger, Unternehmen und Verwaltungen sowie ihres geistigen Eigentums ist es daher mehr denn je erforderlich, wirksame Maßnahmen gegen Attacken aus dem Cyberraum zu entwickeln. Wir sehen vor dem Hintergrund der stetig wachsenden Bedeutung der Datensicherheit in solchen Projekten auch große wirtschaftliche Chancen. Die hohen deutschen Sicherheitsstandards und der gute Ruf deutscher IT Unternehmen bieten dafür exzellente Voraussetzungen. Wichtig ist, dass die gesetzlichen Regeln mit der fortschreitenden Digitalisierung Schritt halten und auch im Cyberraum helfen, die Balance zwischen Freiheit und Verantwortung zu wahren. Insbesondere wollen wir unsere Kinder und Jugendlichen mit den neuen Techniken vertraut machen und sie mit Blick auf die Risiken und Gefahren der digitalen Gesellschaft sensibilisieren.

Breitbandversorgung

Damit wirklich alle Menschen in Deutschland von den Chancen der Digitalisierung profitieren können, setzt sich die CDU intensiv für den Ausbau der Breitbandversorgung in unserem Land ein. Es kann nicht so bleiben, dass in den Großstädten Geschwindigkeiten bis zu 100 MBit pro Sekunde angeboten werden, während in den ländlichen Räumen mit DSL Light ins Internet gegangen wird. Das Internet gehört dabei für uns mit zur Daseinsvorsorge. Wir unterstützen die Breitbandstrategie der Bundesregierung und setzen auf Technologieoffenheit beim Breitbandausbau. Wir wollen, dass möglichst bald flächendeckend Hochleistungsnetze zur Verfügung stehen. Um die Leistungsfähigkeit des Funknetzes für die mobile Internetnutzung weiter zu erhöhen, muss bei der nächsten Vergabe von Rundfunkfrequenzen (Digitale Dividende II) sichergestellt werden, dass der ländliche Raum ausreichend und gleichwertig versorgt wird.

Wir setzen auf kommunale Investitionen, um auch im ländlichen Raum eine gute Versorgung zu erreichen. Wir rufen Bürgermeister, Landräte und Wirtschaftsförderer auf, die Initiative zu ergreifen und die Fördermaßnahmen zu nutzen. Die Rahmenbedingungen haben wir durch die Novelle des Telekommunikationsgesetzes attraktiver gestaltet, z. B. durch die Möglichkeit der Mitnutzung von Leerrohren von Abwasserkanälen und Energienetzen und eine geringere Verlegetiefe. Wir werden uns weiterhin für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen einsetzen und die Bereitschaft für Investitionen zu erhöhen. Im Dialog zwischen Bund, Ländern und Kommunen werden wir für eine zügige Umsetzung der Maßnahmen sorgen und auf weitere Erleichterungen, z. B. durch die Anpassung von Bauvorschriften, drängen.

Mobiles Internet

Das Internet wird mobil. Bereits 26,5 Prozent der Bevölkerung greifen von unterwegs auf das Internet zu. In Großstädten im europäischen Ausland, aber auch in Japan oder den USA, wird die flächendeckende Versorgung mit kostenlosem WLAN immer öfter zu einer Selbstverständlichkeit. Wir wollen nach Vorbild der Olympia-Stadt London auch in Deutschland die Voraussetzungen schaffen, damit in unseren Großstädten mobiles Internet über WLAN verfügbar wird und damit die Voraussetzung für neue Geschäftsmodelle entsteht. Dabei setzen wir auf private Investoren sowie Kooperationen mit regionalen Initiativen.

Querschnittsaufgabe Digitalisierung

Wir sehen in der Digitalisierung unseres Landes eine der großen Herausforderungen für die Zukunft. Sie betrifft alle Lebensbereiche und braucht daher eine vernetzte Strategie. Es kommt darauf an, die Informationsinfrastruktur überall im Land weiter zu stärken, kontinuierlich und verlässlich in Bildung, Forschung und Entwicklung zu investieren und die Systemkompetenz für die Anwendung und die Produktion im digitalen Wachstumsmarkt auszubauen. Wir wollen den erfolgreichen IT-Gipfel-Prozess fortführen und in Zukunft neue Schwerpunkte im Bereich von Gründergeist, Venture Capital und der Bildung unserer Kinder und Jugendlichen legen. Um die Querschnittsaufgabe Digitalisierung künftig effektiver zu koordinieren, treten wir dafür ein, künftig einen Beauftragten der Bundesregierung für die Digitalisierung zu berufen.

6. Wie Deutschland mobil bleibt

Für Wohlstand und Wachstum im 21. Jahrhundert braucht Deutschland eine moderne und leistungsstarke Verkehrsinfrastruktur. Das bedeutet freie Fahrt für die Bürger – ob mit dem Auto oder Fahrrad, mit Bus oder Bahn, ob auf dem Land oder in der Stadt. Und das bedeutet leistungsfähige Verkehrswege für unsere Bürger und Wirtschaft – ob Straße oder Schiene, ob zu Wasser oder in der Luft. Denn wie kaum ein anderes Land zieht Deutschland seine Wirtschaftskraft aus dem globalisierten Handel, vor allem aus dem Export unserer Waren und Güter.

Wir setzen dabei auf nachhaltige Mobilität. Wir wollen eine Verkehrsinfrastruktur mit weniger Lärm, weniger Schmutz und weniger Schadstoffen. Dazu gehört auch der Einsatz für zukunftsweisende Technologien – von umweltschonenden Motoren bis zu intelligenten Verkehrssystemen. Wir setzen auf die Leistungsfähigkeit und Innovationsstärke der deutschen Verkehrswirtschaft.

Standortvorteil Infrastruktur ausbauen und bessere Bürgerbeteiligung

Deutschland hat durch seine leistungsfähige Infrastruktur einen Standortvorteil im internationalen Wettbewerb. Diesen Vorteil wollen wir durch wachsende Investitionen erhalten und ausbauen. Mit einem 25 Milliarden Investitionsprogramm für Bundesstraßen in der kommenden Legislaturperiode wollen wir hier einen besonderen Schwerpunkt setzen. Dazu gehört aber auch der Ausbau des Schienen- und Wasserstraßennetzes. Dazu gehören leistungsfähige Flughäfen sowie See- und Binnenhäfen. Dazu gehört die Verbesserung der Verkehrswege in andere Länder im Allgemeinen und die konsequente Verwirklichung der transeuropäischen Netze im Besonderen. Und dazu gehört schließlich die möglichste effiziente Nutzung der bestehenden Infrastruktur.

Grundsätzlich müssen sich die Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur am tatsächlichen Bedarf orientieren. Klare Kompetenzen in der Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen, Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen auch bei den Bundesfernstraßen, sowie schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren mit einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung können die Effizienz verbessern. Auch die Möglichkeiten von Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) sollen hier verstärkt genutzt werden, wenn dadurch Finanzmittel besser eingesetzt werden können. Der neue Bundesverkehrswegeplan für die Zeit ab 2015 muss deshalb stärker zwischen wirtschaftlich bzw. infrastrukturell bedeutenden und sonstigen Verkehrswegen unterscheiden.

Wirtschafts- und Verkehrswachstum entkoppeln

Eine große Herausforderung für die Mobilität der Zukunft ist der stetig wachsende Verkehr, insbesondere der Güterverkehr. Hier gilt es, Wirtschafts- und Verkehrswachstum so weit wie möglich zu entkoppeln. Dazu gehört eine Verlagerung des Verkehrs auf umweltverträgliche Verkehrsmittel ebenso wie weniger Emissionen und eine größere Ressourceneffizienz bei herkömmlichen Verkehrsträgern.

Gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land sicherstellen

Wir wollen den Anforderungen des demografischen Wandels gerecht werden und auch bei der Verkehrspolitik für eine gleichwertige Entwicklung in Stadt und Land sorgen. In den Ballungsräumen setzen wir auf einen starken Öffentlichen Personennahverkehr auf einer soliden finanziellen Grundlage als Herzstück moderner Verkehrspolitik. Insgesamt geht es um innovative, emissionsarme und platzsparende Lösungen wie etwa die Elektromobilität, Car-Sharing sowie den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur.

Aber auch in den Gegenden, wo die Bevölkerungszahl zurückgeht, wollen wir die Mobilität sicherstellen. Wir wollen, dass diese Regionen auch bei sinkender Einwohnerzahl – mit weniger Schul- und Ausbildungsverkehr und immer mehr mobilen älteren Menschen – lebenswert bleiben.

Dazu gibt es bewährte Beispiele: Bürger- und Anrufbusse oder Busse, die neben Personen auch Fahrräder oder Pakete transportieren. Es gibt Mitfahrgelegenheiten, die über das Internet buchbar sind sowie rollende Verkaufsläden, Apotheken und Banken. Für all dies müssen die rechtlichen Grundlagen und die Finanzierung gesichert werden.

Hemmende Vorschriften müssen konsequent geändert oder gestrichen werden. Ein Beispiel ist etwa die Straßenverkehrsordnung: Hier dürfen mobile Verkaufsflächen auf Straßen nur in engen Grenzen genutzt werden. Dadurch allerdings wird gerade in ländlichen Gebieten die Nahversorgung durch mobile Dienste erschwert.

Nachhaltige Mobilität

Der Straßenverkehr verursacht heute rund 95 Prozent der CO₂-Emissionen des Verkehrssektors. Deshalb sehen wir in der Weiterentwicklung neuer Antriebstechnologien einen zentralen Hebel für eine nachhaltige Mobilität. Sie muss aber eingebettet sein in eine Gesamtstrategie. Die CDU Deutschlands bekennt sich daher zu einem vernetzten Ansatz, der Fahrzeugtechnologie, Kraftstoffe, Infrastruktur, intelligente Verkehrssysteme, Fahrverhalten und Vernetzung der Verkehrsträger gleichermaßen berücksichtigt.

Die lange und beeindruckende Erfahrung der deutschen Autobauer ist gefordert, wenn es um die Erforschung und Entwicklung alternativer Antriebe geht. Chancen sehen wir auch in modernen, medial vernetzten (z. B. über Smartphones) Verkehrsleit- und Telematik-Systemen. Neue Möglichkeiten stecken auch in der Umsetzung des Satelliten-Navigationssystems Galileo in praktische und wirtschaftlich sinnvolle Angebote für die Nutzer.

Die CDU Deutschlands möchte den technologischen Trend vom klassischen Verbrennungsmotor zu alternativen Antrieben begleiten. Hierzu gehört die Förderung von Pilotprojekten genauso wie die Schaffung eines geeigneten Marktumfeldes (z. B. Ladestationen, Tankstelleninfrastruktur, steuerliche Rahmenbedingungen). Als Teil dieser Gesamtstrategie bekennt sich die CDU Deutschlands nachdrücklich zu dem Ziel, Deutschland bis 2020 zum Leitanbieter und Leitmarkt von Elektromobilität zu machen. Dafür muss es gelingen, bei uns alle Glieder der Wertschöpfungskette vom Rohstoff über die Batterieherstellung bis zum Fahrzeug zu etablieren.

V. Deutschland 2025

Unser Maßstab für erfolgreiche Politik ist eine gute Zukunft für die Menschen in Deutschland und Europa. Unsere Aufgabe heißt: Wie können wir dafür als Christdemokraten die Weichen richtig stellen. In diesem Programm haben wir beschrieben, welche Prinzipien uns leiten, wo unser Ziel ist und wie wir es erreichen wollen.

Wir wissen aus den Erfahrungen der letzten Jahre, was wir erreichen können, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam ein Ziel verfolgen. Unsere Stärke ist, dass wir den Menschen in unserem Land etwas zutrauen. Wir wissen, dass sie für sich und für andere Verantwortung übernehmen, einen aktiven Beitrag für unser Gemeinwesen leisten wollen und nicht darauf warten, dass der Staat diese Aufgabe für sie wahrnimmt. Weil uns das Wohl zukünftiger Generationen besonders wichtig ist, sind langfristige und nachhaltige Antworten erforderlich. Wir wollen bereits heute die Weichen dafür stellen, dass unser Land auch in Zukunft erfolgreich ist. Ein Blick in das kommende Jahrzehnt zeigt, was wir erreichen können, wenn wir zusammenstehen und gemeinsam anpacken:

Wie wir die Zukunft für uns gewinnen

Deutschland 2025 ist ein Land, das allen Menschen, die bei uns leben eine gute Heimat ist. Kinder wachsen in einem Land auf, in dem Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit eine große Rolle spielen. Sie bekommen eine hervorragende Ausbildung und sind damit in der Lage, sich den vor ihnen liegenden Herausforderungen mit Zuversicht zustellen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist gewachsen. Viele Menschen engagieren sich für die Gesellschaft, weil sie ein Bewusstsein dafür entwickelt haben, wie wichtig es ist Brücken zwischen den Generationen zu schlagen und die Bürgergesellschaft zu stärken. Familie und Beruf sind keine Gegensätze mehr, sondern gehören selbstverständlich zusammen. Neue Arbeitsmodelle haben diese Entwicklung genauso begünstigt wie ein deutlich verbessertes Betreuungs- und Bildungsangebot für Kinder. Die Politik der CDU, die auf die Ideen und das Engagement der Menschen setzt, hat dazu wichtige Impulse gegeben.

Trotz fortschreitender Globalisierung und neuer wirtschaftlicher Mitbewerber ist unser Land weiterhin eine der führenden Volkswirtschaften der Welt. Wachstum und Beschäftigung sind höher als in vielen anderen Industrieländern. Das ist das Ergebnis der hohen Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und ihrer Stärke auf den internationalen Märkten. Beides ist maßgeblich auf die gute Ausbildung, die hohe Qualifikation der Mitarbeiter und die weiterhin hohe Innovationsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zurückzuführen. Mehr als jeder zweite

Euro wird 2025 in besonders forschungsintensiven Branchen verdient. Viele deutsche Unternehmen sind in ihren Bereichen Weltmarktführer.

Das gilt vor allem für die traditionell starken deutschen Branchen wie den Maschinenbau, die Chemie- und Automobilindustrie, deren Produkte zum Aufbau der neuen industriellen Basis in Asien, Lateinamerika und Osteuropa stark nachgefragt worden sind. Aber auch der Anteil vieler neuer Branchen – wie der Nanotechnologie, Mikroelektronik, Biotechnologie und Photonik – spielt eine zunehmend wichtigere Rolle. Dabei hat es sich als richtig erwiesen, die Chancen der Digitalisierung offensiv zu nutzen. Dadurch sind Produktionsprozesse wesentlich nachhaltiger gestaltet, Kosten gesenkt und neue Märkte für unsere Industrie erschlossen worden. „Made in Germany“ ist damit auch in der globalisierten Welt des Jahres 2025 ein Aushängeschild für deutsche Qualitätsarbeit. Damit werden in der Heimat Millionen von Arbeitsplätzen gesichert.

2025 ist die Energiewende in Deutschland weit vorangekommen. Das deutsche Stromnetz entwickelt sich zum modernsten der Welt. Die Windparks – vor allem in der Nord- und Ostsee – sind der Grundpfeiler einer stabilen Versorgung. Der Anteil der Erneuerbaren Energien steigt kontinuierlich, die ehrgeizigen Klimaschutzziele werden eingehalten. Es ist gelungen, einen weltweiten Zertifikatehandel einzuführen und den Klimaschutz so auf der ganzen Welt effizienter zu machen. Deutschland ist das Vorbild für andere Länder, die ihre Energieversorgung umstellen wollen, um sich unabhängiger von teuren Rohstoffen zu machen.

Bei der Frage, wie ein höheres Bruttoinlandsprodukt mit einem geringeren Ressourcenverbrauch als heute erwirtschaftet werden kann, sind bemerkenswerte Fortschritte erzielt worden. Entscheidend dazu beigetragen haben neue Verkehrskonzepte, die Mobilität durch erneuerbare Energien und eine effizientere Organisation sicherstellen. Auch vielversprechende Innovationen haben den Durchbruch zu einer ressourcenschonenden Produktion gebracht. Dadurch sind echte Fortschritte bei der Entkopplung von Produktion und Rohstoffeinsatz gelungen. Deutschland konnte damit seinen Ruf als eines der Innovationszentren der Welt weiter ausbauen und wird oft als Vorbild für eine nachhaltige Marktwirtschaft genannt.

Die oft schmerzvollen Reformen im Zuge der Euro-Krise haben Europas Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig gestärkt. Die erheblichen Leistungsbilanzunterschiede haben sich im Zuge dieser Politik deutlich reduziert. Der Euro behauptet auch in einer vielfältiger gewordenen Währungswelt seine Rolle. Seine Attraktivität verdankt er der von der Europäischen Zentralbank erfolgreich garantierten Preisstabilität sowie einem politisch und wirtschaftlich gestärkten Europa. Aus der Währungsunion ist immer stärker eine politische Union geworden. Auch deshalb ist Europa 2025 stärker als vor der Krise.

Deutschland hat mit seiner Wirtschaftskraft in der Phase der Krise die Nachfrage in Europa gefestigt. Auch die Stabilität des deutschen Finanzsystems hatte daran einen wichtigen Anteil. Seinen guten Ruf als Stabilitätsanker hat Deutschland trotz der großen solidarischen Leistungen für die Eurozone bewahren können. Deutschland hält konsequent die Kriterien der Schuldenbremse ein und hat dadurch auch den Schuldenstand wieder unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gesenkt, womit ein zentrales Maastricht-Kriterium erfüllt ist. Auf einen Staat, der sich nicht übermäßig verschuldet, sollen sich unsere Kinder und Enkel auch nach 2025 verlassen können.

Der demografische Wandel hat unserem Land viel abverlangt und Veränderungen mit sich gebracht. Mehr als jeder Dritte ist über 60 Jahre alt, während die Gruppe der unter 20-jährigen nur halb so groß ist. Dennoch haben wir den Zusammenhalt zwischen den Generationen gestärkt, aber angesichts weiter bestehender Herausforderungen müssen wir auch 2025 weiter daran arbeiten. In vielen Betrieben fehlen Fachkräfte, weil die Erwerbsbevölkerung noch stärker abgenommen hat als die Gesamtbevölkerung. Die Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge muss in immer mehr Regionen an die veränderte Bevölkerungsdichte angepasst werden. Das gelingt aber zunehmend besser und hat vielen Unternehmen neue Chancen eröffnet. Die flächendeckende Versorgung mit schnellem Internet hat neue Möglichkeiten für interessante Geschäftsmodelle eröffnet und zahlreiche demografiespezifische Produktinnovationen hervorgebracht, die auch in anderen Ländern nachgefragt werden, weil diese die jetzt vor den gleichen Herausforderungen stehen wie Deutschland vor 15 Jahren. Die demografische Herausforderung ist zur Basis eines neuen attraktiven Geschäftsfeldes geworden. Nicht zuletzt dadurch ist es auch gelungen, in den ländlichen Regionen unseres Landes neue innovative Arbeitsplätze zu schaffen und deren Attraktivität für künftige Entwicklungen zu sichern.

Alle sind eingeladen an der Zukunft mitzuwirken

Ob dieser Blick in die Zukunft Realität wird, kann heute niemand mit Gewissheit vorhersagen. Aber wir sind guten Mutes und fest davon überzeugt, dass wir alle Chancen haben, dieses Szenario Wirklichkeit werden zu lassen. Mit dem christlichen Menschenbild haben wir einen Kompass, der uns ermutigt, diesen Ausblick als Chance zu begreifen.

Wir sind fest entschlossen, uns dafür einzusetzen, dass Deutschland auch 2025 allen Menschen in diesem Land eine gute Heimat ist. Für sie und ihre Zukunft setzen wir uns ein. Ge-

meinsam mit ihnen wollen wir Deutschland weiter voranbringen und auch im kommenden Jahrzehnt weltweit eine verantwortungsvolle Rolle für Freiheit und Frieden spielen. Bei der Gestaltung der vor uns liegenden Aufgaben vertrauen wir auf die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, weil sie auf die Ideen und den Fleiß der Menschen setzt. Zusammen mit den Mitgliedern der CDU, den zehntausenden Amts- und Mandatsträgern in Gemeinden und Städten, Landkreisen und Landesparlamenten, im Bundestag und im Europäischen Parlament engagieren wir uns für unser Land und laden alle Menschen bei uns ein, diesen Weg mitzugehen.